

DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Eine Bilanz nach drei Jahren



DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Impressum:

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Telefon 040 / 42831-2250
Telefax 040 / 42831-2255
info@linksfraktion-hamburg.de
www.linksfraktion-hamburg.de

V.i.S.d.P.:
Christiane Schneider
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg

Gestaltung: Karin Desmarowitz/agenda
www.agenda-fototext.de

Druck: Drucktechnik, www.drucktechnik-altona.de

Erscheinungsdatum: Januar 2011
Auflage: 4.000

Inhaltsverzeichnis

Soziale Spaltung überwinden

Gegen Wohnungsnot und Gentrifizierung – Ringeln um das Recht auf Stadt	4
Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg!	8
Gleiche Gesundheitschancen für alle	9
Rekommunalisierung von Unternehmen	10

Linke Alternativen in der Wirtschaftspolitik

Arbeitsplätze schaffen – Öffentlichen Dienst ausbauen	11
Gute Arbeit – Gute Löhne	12
Strukturkonzept zur nachhaltigen Stabilisierung der Hafenvirtschaft	15
Links-Verkehr	16

Bildungsgerechtigkeit

Vier Schwerpunkte unserer Bildungspolitik	17
Frühkindliche Bildung ist ein Grundrecht! Gegen Studiengebühren und Unterfinanzierung der Hochschulen	19
Vollausbildung für alle!	20
	21

Kultur für alle

Kulturelle Infrastruktur erhalten und stärken	23
Kostenexplosionsursachenforschung	24
Kulturelle Freiräume schaffen	25

Umwelt und Energie

Soziale und ökologische Energiewende	26
Herausforderung Umweltschutz	28

Gegen Entrechtung

Grundrechte stärken, Demokratie ausbauen	29
Eingesperrt, aber nicht rechtlos – für eine Reform des Strafvollzugs	31
Antifaschismus und NPD-Verbot	32

Gleichstellung

Migration und Flucht	33
Die Linksfraktion steht für Frauenpower	34

DIE LINKE und die Finanzen

HSH Nordbank, Finanzloch und öffentliche Finanzen	35
--	----

Sportpolitik

Bewegt für den Breitensport!	38
------------------------------	----

Der Eingabenausschuss

Einzelfallgerechtigkeit im Eingabenausschuss erstreiten	39
--	----

Fraktion

40

Parlamentarische Initiativen

43

Gegen Wohnungsnot und Gentrifizierung – Ringen um das Recht auf Stadt

Nach der Bürgerschaftswahl im Februar 2008 ging die bis dahin alleine regierende CDU erstmals in Deutschland eine Koalition mit den Grünen ein. Die Übernahme der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) durch Anja Hajduk (GAL) setzte Hoffnungen auf positive Veränderungen frei, doch diese wurden weitgehend enttäuscht.

Ausgangspunkt für die in die Bürgerschaft neu eingezogene LINKE war das Wahlprogramm. Darin wurde Hamburg als „reich und sozial gespalten“ charakterisiert und ein fortschrittliches Gegenmodell zum neoliberalen Konzept der „wachsenden Stadt“ (laut der GAL „mit Weitsicht“) entworfen. Besonderes Augenmerk sollte auf die benachteiligten Quartiere gerichtet werden, schon damals wurde die akute Wohnungsnot attackiert.

Von Beginn an kritisierten wir vor allem die Wohnungspolitik des Senats und speziell der SAGA GWG. Mittlerweile 40.000 fehlende Wohnungen, überfüllte Notunterkünfte und ein städtisches Wohnungsunternehmen, dessen Mietpreise doppelt so schnell wachsen wie auf dem sogenannten freien Wohnungsmarkt, unterstreichen die Fehlentwicklungen. Mit der Broschüre „Mehr, bessere und preiswerte Wohnungen!“ fasste die Bürgerschaftsfraktion im November 2008 ihre wohnungspolitischen Vorstellungen zusammen. Sprach bis auf DIE LINKE damals noch niemand von einer Wohnungsnot, ist dies mittlerweile zum bitteren Synonym für die völlig unzureichende Senatspolitik geworden. Mit Dutzenden Kleinen Anfragen wurden wichtige Facetten ans Tageslicht befördert: der dramatische Rückgang der Sozialwohnungen infolge Auslaufens der Bindungsfristen und der Verkauf von einigen Tausend Wohnungen der SAGA GWG bei gleichzeitig fast völlig zum Erliegen gekommenem Neubau; die Vergabe von städtischen Grundstücken zum spekulations-treibenden Höchstgebotsverfahren; leer stehender städtischer Büroraum von etlichen zehntausend Quadratmetern; die unzureichende Zahl der Unterbringungsplätze für wohnungslose Menschen.

Im November 2010 legte die Fraktion unter dem Titel „Soziales Pulverfass Wohnen“ eine umfassende Analyse der katastrophalen Lage vor und formulierte in zehn Kernpunkten alternative Forderungen und Vorstellungen: „Wir regen eine parteien-, ja eine stadtübergreifende Kraftanstrengung an – unter Einbeziehung aller zivilgesellschaftlichen Gruppen und Akteure der Wohnungspolitik –, insbesondere dem Neubau von Sozialwohnungen in den nächsten Jahren Vorrang einzuräumen. DIE LINKE ist bereit, sich an dem dafür notwendigen Diskurs intensiv zu beteiligen.“ Nicht gelungen ist es bisher, insbesondere die SAGA GWG zu einem Umdenken zu zwingen. Nach wie vor nimmt deren Wohnungsbestand ab, hält sie an überdurchschnittlichen Mietpreiserhöhungen fest, und der Senat lässt sein Wohnungsunternehmen auch weiterhin aus den erzielten Gewinnen rund 100 Mio. Euro jährlich an die Stadtkasse abführen.

Einen Schwerpunkt machte das Thema Gentrifizierung aus. Bereits seit rund zehn Jahren zeichnet sich die „Aufwertung“ und die damit einhergehende Verdrängung einer großen Zahl von Menschen vor allem aus den innenstadtnahen Quartieren ab. Hier galt es für die Bürgerschaftsfraktion nicht nur die Mietpreisexlosionen und die massenhafte Umwandlung von erschwinglichen Miet- in z.T. superteure Eigentumswohnungen anzuprangern. Wichtig war vor allem, durch geeignete Maßnahmen das Wohnrecht der Menschen mit geringem Einkommen zu verteidigen. Es war DIE LINKE, die frühzeitig das Instrument der Sozialen Erhaltens- bzw. Umwandlungsverordnung einforderte, mit deren Hilfe zumindest die Umwandlung deutlich erschwert wird. Auch wenn noch längst nicht – wie von uns gefordert – alle innerstädtischen Stadtteile geschützt werden, zeichnet sich doch der Erfolg ab, dass zumindest für St. Georg und St. Pauli entsprechende Verbesserungen zustande kommen. Mit der im Dezember 2009 vorgelegten Broschüre „Wem gehören die Quartiere? Chancen & Grenzen von Sozialen Erhaltens-



und Umwandlungsverordnungen“ sollte den Initiativen entsprechender Argumentationsstoff an die Hand gegeben werden.

Mit einer Großen Anfrage der LINKEN wurde im November 2009 erstmals in der Bürgerschaft das Thema Gentrifizierung in den Fokus mehrmonatiger Auseinandersetzungen gerückt. Eine Expertenanhörung bestätigte die Kritik an den Aufwertungs- und Verdrängungserscheinungen und führte in Folge zu ersten, auch von den anderen Parteien getragenen Konsequenzen. Nicht erreicht werden konnte bisher allerdings, die Folgen der Gentrifizierung auch für die peripher gelegenen Stadtteile und die dorthin verdrängten Menschen anzugehen.

Wohnungspolitik und Gentrifizierung standen für die LINKE immer im engen Zusammenhang mit den allgemeinen Prämissen der Stadtentwicklungspolitik. Die „Herrichtung“ der innerstädtischen Quartiere für eine einkommensstärkere Klientel, sowie die überbordende städtische Marketing- und Touristikstrategie, die Orientierung auf zentrale Leuchtturmprojekte und das Ziel, im Ranking der europäischen Metropolen aufzusteigen, folgten der Logik der neoliberalen Standortpolitik. Alles für die Wirtschaft, alles für die Reichen, was dann noch übrig bleibt, können sich die Menschen und die abgehängten Viertel teilen! Die berechtigten Sorgen der Bewohnerschaft und des Kleingewerbes wurden hintergestellt. Sei es, weil für die falschen, der Bevölkerung wenig dienlichen Projekte (HafenCity, Elbphilharmonie, U4, Internationale Bauausstellung, internationale Gartenschau etc.) immense, anderswo fehlende öffentliche Mittel verpulvert wurden, sei es, weil die angestrebte schicke Party- und Eventstadt vorhandene Stadtteil- und Bevölkerungsstrukturen zunehmend zerstört.

Beispielhaft seien hier nur einige Konflikte angeführt, bei denen sich die LINKE im Verbund mit den Initiativen engagierte. Eine Niederlage musste eingesteckt werden bei

der Ansiedlung des gigantischen IKEA-Möbelhauses mitten in der Altonaer Einkaufszone. Erfolgreich dagegen war der Kampf gegen eine Deponie für Hafensedimente in Kirchsteinbek. Und auch die 30 Mio. Euro teure Horner Doppelrennbahn für Hamburgs Pferdenarren konnte vorerst gestoppt werden. Die Bürgerschaftsfraktion hatte den Protest mit der Broschüre „Begrabt die Doppelrennbahn an der Kehre des Geläufs!“ im Mai 2010 flankiert. Die ebenfalls im Jahre 2010 erschienene Broschüre „Als Hamburg in die Gänge kam“ veranschaulicht den wohl größten Erfolg wider den neoliberalen Umbau der Stadt, getragen von einer breiten Bewegung von Kulturschaffenden und BürgerInnen: die Verhinderung des Gängeviertel-Ausverkaufs und die Planungen für ein alternatives Wohn- und Kulturzentrum mitten in der Neustadt. Auch der Widerstand der Sanierungsbeiräte und Bewohnerinitiativen gegen eine Music-Hall auf dem Gelände des ehemaligen Rindermarktes in St. Pauli scheint sich gelohnt zu haben. Die negativen Entwicklungen in der HafenCity konnte DIE LINKE dagegen nur noch kritisch begleiten, die ihnen zugrunde liegenden Entscheidungen waren vor dem Einzug der Fraktion in die Bürgerschaft gefallen. Um so dringlicher erschien es uns, das neue Gigaprojekt der BSU, die „Neue Mitte Altona“, offensiv anzugehen. Hier stand und steht DIE LINKE vor allem dafür, die Entmachtung der bezirklichen Mitwirkung zu bekämpfen, die Bürgerbeteiligung und einen möglichst hohen Anteil neu gebauter Sozialwohnungen durchzusetzen. In all diesen Zusammenhängen hat die Bürgerschaftsfraktion – meist im Zusammenwirken mit den Bezirkslinken und Initiativen – mittels Anfragen und Anträgen dafür Sorge getragen, dass das Thema im Hamburger Landesparlament behandelt werden musste.

Für DIE LINKE ist das Einfordern einer umfassenden Selbst- und Bürgerbeteiligung kein Lippenbekenntnis. Ohne Rückkoppelung mit den zahlreichen vor Ort tätigen Gruppen kann

keine demokratische Stadtentwicklungspolitik betrieben werden. Viele von uns sind selbst in den örtlichen Initiativen engagiert. So haben wir den Kampf der WilhelmsburgerInnen gegen neue Quasi-Autobahnpläne unterstützt, waren wir an der Seite der gegen die Kündigung ihrer Kleingärten opponierenden Schreberspacken in Altona, teilten wir die Kritik der St. GeorgerInnen am Shared-Space-Projekt Lange Reihe, sprachen uns in Rothenburgsort für den Erhalt Kaltehofes als Freizeit- und Naturparadies aus, kritisierten die vorzeitige Schließung des Bürgerhauses Wandsbek und engagierten uns für die Sanierung des Freibades Ohlsdorf.

Von besonders großer Bedeutung ist für uns das im Sommer 2009 aus Dutzenden Gruppen und Initiativen gebildete Netzwerk „Recht auf Stadt“ (RaS). Weitgehend einig in der Analyse der „Marke Hamburg“ und der neoliberalen Stadtentwicklung haben wir uns nach Kräften bemüht, Anliegen dieses kapitalismuskritischen Zusammenschlusses in die Bürgerschaft einzubringen. DIE LINKE gehörte selbstverständlich zu der großen Zahl an UnterstützerInnen für die große RaS-Parade im Dezember 2009 und die Anti-Leerstandsdemo im Oktober 2010. Wir lernen als LINKE viel vom bunten Protest der RaS-AktivistInnen und sehen in diesem Netzwerk einen der Garantien für eine neue Stadtkultur von unten.

Alles in allem: Wir haben uns als Newcomer in der Hamburgischen Bürgerschaft bemüht, Zeichen zu setzen gegen den neoliberalen Umbau der Stadt, haben in etlichen Anfragen und Anträgen unsere alternativen Vorstellungen eingebracht und dabei immer wieder die Rückkoppelung mit den Initiativen vor Ort gesucht. Für diese Zusammenarbeit möchten wir uns bedanken.



Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg!

In der Sozialpolitik legen wir in der parlamentarischen wie in der Politik vor Ort unseren Schwerpunkt auf die Situation der von Hartz IV geschädigten Menschen. Als ehemals selbst Betroffener musste der arbeitsmarktpolitische und sozialpolitische Sprecher der Fraktion feststellen, dass der überwiegende Teil der Bürgerschaftsabgeordneten von der Realität der Armut weit entfernt ist. Wenn er Missstände benannte, meinten insbesondere die Christdemokraten, es handle sich um Einzelfälle. In Hamburg sind 232.652 Hamburger (Stand Nov. 2010) von staatlicher Unterstützung abhängig. Daraus ergibt sich eine Vielzahl von Einzelfällen.

In der Bürgerschaft beantragten wir ein Sozialticket, ein Kulturticket, forderten einen Armuts- und Reichtumsbericht und eine Überprüfung des Sozialhilfesatzes, stellten Anträge zur Aussetzung bzw. Abschaffung der Sanktionen gegen Hartz-IV-Geschädigte (und brachten damit die SPD ins Schwitzen). Im Dezember 2010 stellten wir einen Antrag, dem nach unserem Dafürhalten verfassungswidrigen „Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ermittlung von Regelbedarfen“ nicht zuzustimmen und die Verhöhnung der Erwerbslosen (geplante Erhöhung: 5 Euro!) nicht zuzulassen.

Seit Sommer 2008 ermöglichen wir mit dem Abgeordnetenbüro des sozialpolitischen Sprechers Wolfgang Joithe auf dem Dulsberg im Bezirk Nord einen niederschweligen und barrierefreien Zugang zur Politik der Linken. Die wöchentliche Sozialrechtsberatung in Kooperation mit dem Verein „PeNG! Aktive Erwerbslose und Geringverdiener e.V.“ wird von Betroffenen aus allen Stadtteilen rege in Anspruch genommen. Auch die Kollegen aus den linken Büros in den Bezirken und aus dem Rathaus schicken Ratsuchende in diese Beratungsstelle, die unter anderem mit einer Juristin besetzt ist. Seit 2008 Jahren haben sich über 500 Menschen dort Rat geholt, und viele konnten mit unserer Hilfe ihre Rechte durchsetzen. „Den Rücken stärken“ – oft ist das gelungen.

Der durch das Abgeordnetenbüro realisierte „barrierefreie Zugang zur Sozialpolitik in Hamburg“ wirkt direkt hinein in



den parlamentarischen Betrieb. So sind etwa zahlreiche Schriftliche Kleine Anfragen an den Senat unmittelbar aus den Problemlagen vor Ort entstanden. Dieser Zugang zur Politik „von unten nach oben“ entspricht der Forderung an die Abgeordneten, „Politik vor Ort“ zu betreiben, wie sie auch die DIE LINKE in Hamburg formuliert hat. Unsere Veranstaltungen „Fraktion vor Ort“, zuletzt mit Ilja Seifert (Mitglied des Bundestages) zur UN-Behindertenrechtskonvention oder mit Wolfgang Nescovic (MdB) zum „Sozialstaat als Sozialfall“, informieren auch über die Bundespolitik der LINKEN.

Konzeptionell streiten wir gerade für ein städtisches Konzept, bei dem wir zur Überwindung der Ein-Euro-Jobs-Problematik verschiedene fachpolitische Felder einbeziehen. Die hierzu einladenden „Runden Tische“ gestalten sich als kontrovers, weil verschiedene Interessenlagen (u.a. auch die der Beschäftigungsträger) ausgetragen sein wollen. Angesichts des bevorstehenden Wahlgeschehens sehen wir in der Schaffung von voll sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in der sozialen Stadtentwicklung in den Quartieren ein Alleinstellungsmerkmal linker Politik.

Gleiche Gesundheitschancen für alle

Das deutsche Gesundheits- und Pflegesystem steht einerseits vor einem richtungweisenden Umbruch. Andererseits wird durch die Bundesregierung ein Umbau des Sozialsystems auf der Grundlage der Kapitaldeckung für die Pflege und der Einführung der Kopfpauschale für die Gesetzliche Krankenversicherung vorgenommen. Deshalb hat die Fraktion mit dem Antrag „Nein zur Kopfpauschale – für eine solidarische und sozial gerechte Bürgerversicherung“ die grundlegende gesundheitspolitische Position der LINKEN zu einer solidarischen Krankenversicherung deutlich gemacht.

In Hamburg waren bereits 2007 alle Kliniken bis auf das UKE privatisiert. Damit hat sich der Senat wesentlicher gesundheitspolitischer Gestaltungsmöglichkeiten entledigt. Darüber hinaus brachte die Privatisierung keine haushaltspolitische Entlastung. Für die Beschäftigten haben sich die Arbeitsbedingungen nicht verbessert, die Arbeitsverdichtung nimmt zu. Die LINKE unterstützte deshalb vielfältige politische Aktionen durch Teilnahme an Fachkonferenzen und Streiks. Die Forderung nach Rekommunalisierung bleibt auf der Agenda. Zur Hamburger Krankenhausplanung hat die Fraktion Vorschläge gemacht, die aufgrund der demografischen Entwicklung und der unterschiedlichen Dichte der Einwohner in den Stadtteilen auf eine kleinräumige Bedarfsplanung und eine besser integrierte, ganzheitliche Versorgung zielen. So sollten die vorhandenen personellen und medizinisch-technischen Ressourcen im stationären und ambulanten Bereich besser genutzt werden. Die Annahme des Antrages hätte eine bessere medizinische Versorgung zur Folge ohne finanziellen Aufwand. Bei jedem vierten Kind in Hamburg werden bei den Einschulungsuntersuchungen Entwicklungsstörungen und gesundheitliche Probleme festgestellt. Deshalb hat die Fraktion einen Antrag zur Kinder- und Jugendgesundheit und den Aufgaben des Schulärztlichen und Schulzahnärztlichen Dienstes auf die Tagesordnung gebracht. Im Zuge der Haushaltsplanung sollten Einsparungen bei den Schulzahnärzten erfolgen. Die LINKE hat nicht nur die Streichung dieser folgenschwe-

ren Einsparung auf Kosten der Kinderzahngesundheits, sie hat auch die umgehende Besetzung der offenen Arztstellen gefordert.

Während sich das Drogenangebot ändert, werden Bedürfnisse geweckt, die Nährboden für neue Süchte sind. Deshalb fordert die LINKE eine bessere Ausstattung für die Sucht- und Drogenarbeit, um insbesondere in Schulen und Berufsschulen präsent zu sein.

Die Situation in der Pflege wurde in den Gremien kritisch begleitet. Mit einem Antrag zu Standards und Kriterien für ein einheitliches Personalbemessungssystem hat die Fraktion den Senat aufgefordert, auf der Bundesebene initiativ zu werden. Es ist dringend notwendig, mehr qualifiziertes Fachpersonal einzusetzen. Zum Einen, um eine qualitativ hochwertige Pflege anbieten zu können, zum Anderen, um das begrenzt vorhandene Personal zu entlasten.

Ein wichtiges Anliegen der gesundheitspolitischen Sprecherin war nicht nur die Unterstützung der Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch der Aufbau und die Pflege von Kontakten mit Spitzenverbänden zur Führung eines gesundheitspolitischen Dialogs.



Rekommunalisierung von Unternehmen

Verkäufe von öffentlichen Unternehmen wie Hamburg Wasser, der SAGA GWG, Stadtreinigung oder Hochbahn sollen nicht mehr ohne Zustimmung der HamburgerInnen möglich sein. Dies ist das Ziel einer laufenden Volksgesetzgebung, die von der Linken unterstützt wird.

Auch der Verkauf der HEW erwies sich im Angesicht stark steigender Strompreise als Fehlentscheidung. DIE LINKE setzt sich in ihrer parlamentarischen Arbeit für die Rückgewinnung der Elektrizitätswerke, ehemals HEW, ein.

Im Jahr 2008 verfügte die Stadt mit 287 Unternehmensbeteiligungen über ein Eigenkapital von rund 4,5 Milliarden Euro. Gleichwohl hat sich der Senat durch die Privatisierungspolitik der letzten Jahre einer demokratischen Gestaltung der sozialen und ökologischen Stadtentwicklung beraubt. Städtisches bzw. Landeseigentum stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe. Damit eröffnen sich völlig neue arbeitsmarkt-, aber auch umweltpolitische Gestaltungsmöglichkeiten, die den Titel „Europäische Umwelthauptstadt 2011“ eher rechtfertigen.

Die Abwehr weiterer Privatisierung öffentlicher Unternehmen ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung qualitativ hochwertiger, bezahlbarer öffentlicher Dienstleistungen für alle BürgerInnen der Stadt. Angesichts der großen Defizite in der sozialen und öffentlichen Infrastruktur ist es allerdings erforderlich, auch bereits privatisierte Unternehmen wieder in kommunales Eigentum zu überführen. Rücküberführung der Netze in städtisches Eigentum ist eine zentrale Voraussetzung, um die Energiepolitik der Stadt Hamburg klimafreundlicher und sozial gerechter zu gestalten und einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. Die rekommunalisierten Netze sollen von einem städtischen Unternehmen (Stadtwerke) übernommen werden, das die Netze auch über eigene Produktion mit Strom aus regenerativer Energie versorgt. Geschäftstätigkeit und Strategien dieses städtischen Unternehmens müssen öffentlich kommuniziert werden und der demokratischen Kontrolle durch Beschäftigte und Bevölkerung (Parlamente, Bürgerbeteiligung) unterliegen.

Städtische Unternehmen als Fundament einer solidarischen Ökonomie

DIE LINKE will wirksame Schritte zur Einrichtung von öffentlichen Stadtwerken zur Energieversorgung. Wir setzen uns ein für einen Kurswechsel bei den über 250 öffentlichen Unternehmen, die wieder auf ihren öffentlichen Auftrag verpflichtet werden müssen. Nicht zuletzt wenden wir uns gegen die Privatisierung des Hafens und der damit zusammenhängen Infrastrukturen. Die demokratisch kontrollierten und aufs Gemeinwohl verpflichteten Unternehmen der Stadt leisten einen wesentlichen Beitrag zur kommunalen Wertschöpfung, zu Sicherung und Ausbau von Beschäftigung und zur Versorgung der Bevölkerung mit preiswerten und qualitativ hochwertigen Dienstleistungen und Waren.



Arbeitsplätze schaffen – Öffentlichen Dienst ausbauen

Die Umgestaltung der Wirtschaft zur Stärkung des Gemeinwesens und für eine solidarische Gesellschaft, das Ende der stetigen Umverteilung von unten nach oben spiegelte sich in vielen unserer Anträge und Initiativen wider. DIE LINKE ist die einzige Partei, die eine volkswirtschaftlich vernünftige Wirtschaftspolitik entwirft, die nicht nur die Starken immer weiter stärkt und den Schwächeren das letzte Hemd verkürzt.

Wir brauchen eine Politik, die die öffentliche und private Produktion und Beschäftigung nachhaltig anregt und für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sorgt. Im Öffentlichen Dienst bieten sich für diesen Politikwechsel besonders gute Ansatzpunkte. Eine Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung nach Jahren des Stellenabbaus und der Privatisierungen käme auch den Menschen zugute, die auf eine kostenlose öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind. Wir forderten daher in unseren Anträgen die Schaffung voll sozialversicherungspflichtiger öffentlich finanzierter Beschäftigung und die Abschaffung aller die Unternehmen einseitig begünstigenden Modelle wie der Ein-Euro-Jobs, von Leih- und Niedriglohnarbeit. Vor allem im Bereich der sozialen und kulturellen Arbeit haben sich die Privatisierungen und Kürzungen der letzten Jahre katastrophal sowohl für die Nutzer als auch für die Beschäftigten ausgewirkt. Ob es um öffentliche Angebote der sozialen Betreuung, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung und Ausbildung, der Kultur, um die Hamburger öffentlichen Bücherhallen geht – Stellen, die dem ökologisch-energetischen Umbau unserer Gesellschaft dienen sowie einer solidarischen Stadtentwicklung werden dringend gebraucht.

Gemeinwesen stärken

Vor allem örtliche Handwerks- und kleinere Industriebetriebe sowie Genossenschaften sind in den letzten Jahren durch

die einseitige Leuchtturm- und Clusterpolitik des Senates benachteiligt worden. Gerade sie schaffen aber überproportional Arbeits- und Ausbildungsplätze.

In unseren Anträgen fand sich daher immer wieder die Forderung, das Geld des Hamburger Haushaltes nicht in sinnlosen Prestigeprojekten zu versenken, sondern in Projekten der Rekommunalisierung ehemals öffentlicher Hamburger Unternehmen und die Förderung von gemeinwirtschaftlichen Projekten anzulegen. Außerdem soll die Vergabe öffentlicher Aufträge so gestaltet werden, dass die lokalen kleinen und mittleren Betriebe gestärkt werden und eine reelle Chance haben, sich auch an großen Ausschreibungen erfolgreich zu beteiligen

Vergabegesetz novellieren

Wir schlagen vor, das Hamburger Vergabegesetz zu novellieren. Die Praxis des aktuellen Vergabegesetzes hat gezeigt, dass die Aufnahme der ILO-Kernarbeitsnormen allein nicht ausreicht. Daher haben wir einen Gesetzentwurf erarbeitet, in dem Tarif- und Mindestlohnregelungen und andere soziale und ökologische Mindeststandards enthalten sind und auch real durchsetzbar wären.

Wenn sich Hamburg 2011 als „Fair Trade Town“ bewerben will, wäre es ein großer Fortschritt, wenn für die öffentliche Beschaffung tatsächlich nur noch Waren eingekauft würden, die unter guten Arbeits- und Umweltbedingungen und mit anständiger Bezahlung der Produzierenden erzeugt wurden. Kontrollmöglichkeiten für die Einhaltung der Vorschriften, die Sanktionierung von Verstößen und die Beteiligung unabhängiger Experten an den Beschaffungsvorgängen sind in der aktuellen Gesetzgebung nicht oder kaum enthalten. Mit den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen würden nicht mit öffentlichen Geldern private Gewinne gemehrt, sondern die öffentliche Infrastruktur und die Daseinsvorsorge für alle Menschen in Hamburg ausgebaut.

Gute Arbeit – Gute Löhne

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Sie ist die Leitlinie des parlamentarischen Handelns für die Linksfraktion. In der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik haben wir unsere Schwerpunkte gesetzt.

Parlamentarische Initiativen und Forderungen

Mindestlöhne gehören ins Gesetz. Wir werden uns in Hamburg weiter für einen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde einsetzen. Die Forderung nach Mindestlöhnen wurde schon vor 100 Jahren am ersten internationalen Frauentag erhoben und ist als Grundrecht aller Menschen endlich zu verankern.

Das Hamburger Vergabegesetz muss so ausgestaltet werden, dass die Unternehmen, die öffentliche Aufträge ausführen, branchenunabhängig zur Zahlung von Mindestlöhnen verpflichtet werden.

Der Arbeitsmarkt boomt, heißt es. Sinkende Arbeitslosenzahlen verschleiern die Umwandlung von Voll- in Teilzeitstellen, die statistischen Schönrechnereien und die einseitige Steigerung der Leiharbeitsbranche. Auch in Hamburg sind viele reguläre Arbeitsplätze in Leih- oder Zeitarbeit zu wesentlich schlechteren Arbeits- und Tarifbedingungen umgewandelt worden.

Ob in Krankenhäusern, in den Diakoniebetrieben, aber auch in Grundschulen, bei Airbus, Lufthansa oder Blohm & Voss muss gelten: Leiharbeit ist die Ausnahme, um in besonderen Situationen einen erhöhten Personalbedarf zu gewährleisten, und LeiharbeiterInnen stehen der gleiche Lohn und die gleichen Arbeitsbedingungen zu wie den Festangestellten. Leiharbeit war Gegenstand vieler Redebeiträge in der Bürgerschaft, Kleiner und Großer Anfragen und von Anträgen. Wir fordern verbindliche Standards für Leiharbeit sowie ein Verbot für Unternehmen, eigene Leiharbeitsfirmen zu gründen und damit Tarife zu unterlaufen.

Shopping- und Kneipen-Paradies Hamburg: Die Beschäftigten ächzen unter den Arbeitsbedingungen. In der Gastronomie und im Einzelhandel sind prekäre Arbeitsbedingungen, schlechte Löhne und geringfügige Beschäftigung bereits Normalität. Gemeinsam mit Betriebsräten und Gewerkschaften erarbeiteten wir mehrere parlamentarische Initiativen für die Begrenzung der Arbeitszeiten durch eine Neuregelung der Ladenschlusszeiten. An Werktagen soll höchstens bis 22 Uhr gearbeitet werden, wir wollen außerdem keine Sonntags- und Sonderöffnungszeiten. Wir unterstützen die Gewerkschaften darin, auskömmliche Tarife, einen besseren Gesundheitsschutz und vernünftige Arbeitsbedingungen zu vereinbaren.

Teilzeitarbeit nimmt zu. Ob im Öffentlichen Dienst oder im Einzelhandel – viele Vollzeitstellen werden in Teilzeitstellen umgewandelt. Das geforderte Arbeitspensum bleibt oft genug das Gleiche. Zusätzlich musste Kurzarbeit im letzten Jahr zur Krisenbewältigung beitragen.

Wir wollen, dass Arbeit fair geteilt wird, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Dies wäre auch gesünder und würde helfen, den drastischen Anstieg psychischer und anderer arbeitsbedingter Erkrankungen abzubauen. Daher waren unsere arbeitsmarktpolitischen Initiativen auch davon geprägt, Erwerbslosigkeit nicht nur zu verwalten, sondern gute Arbeit zu schaffen. Dies würde auch und vor allem Frauen zu Gute kommen, die überproportional in Teilzeit und in Niedriglohnbereichen arbeiten. Wir haben daher die diesjährigen Betriebs- und Personalratswahlen solidarisch begleitet und KollegInnen ermuntert, sich durch eine Kandidatur aktiv für ihre Rechte einzusetzen.

Politischer Streik. Das Recht auf demokratische Teilhabe und auf Arbeit ist in den letzten Jahrzehnten immer mehr beschnitten worden. Gemeinsam mit außerparlamentarischen Bewegungen, mit Gewerkschaften und Betriebsräten setzen



wir uns dafür ein, diese Rechte zurückzuerobern. Unter anderem forderten wir in einem Antrag ein uneingeschränktes politisches Streikrecht für alle, Hamburg sollte sich dafür im Bundesrat einsetzen. Dieser Antrag wurde von CDU, GAL und auch der SPD abgelehnt.

Ein-Euro-Jobs sind der Gipfel der Ausbeutung. Ein-Euro-Jobs sind in der Regel keine Arbeitsförderungsmaßnahmen, sondern ersetzen sozialversicherungspflichtige Arbeit. Selbst der Bundesrechnungshof hat darauf hingewiesen. Diejenigen, die zu Ein-Euro-Jobs verpflichtet werden, sollen so soziale Arbeit ohne Bezahlung und ohne die Einhaltung von Arbeitnehmerschutzrechten verrichten und müssen oft auch noch die Fahrtkosten zu ihrer „Arbeits“stelle tragen. Dadurch sind in den letzten Jahren Dumpinglohnkonkurrenzen mit staatlicher Förderung geschaffen worden.

Durch die Privatisierung großer Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge, den Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser an Asklepios, die Privatisierung von „Pflegen&wohnen“, die Pauschalierung der Kita-Kosten oder die Verlagerung der Pflege auf private Träger sind Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich erodiert. Unser ständiges Plädoyer ist, auf diesen Missstand aufmerksam zu machen und die Verantwortlichen dafür nicht aus der Pflicht zu nehmen. Wütende Zwischenrufe aus der CDU-Fraktion bei unseren Reden zeigten stets, dass wir den Finger genau in die richtige Wunde legten.

Wir fordern die Abschaffung aller Arbeitsgelegenheiten. Stattdessen müssen für die soziale Arbeit öffentlich finanzierte Stellen geschaffen werden – tarifvertraglich und sozialversicherungspflichtig voll abgesichert. Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben, günstig bzw. kostenlos Kinder- und Jugendhilfe, Sozialdienste, Pflegeeinrichtungen, Kinderbetreuung und Sozialarbeit nutzen zu können.

Bei kirchlichen Trägern werden die Rechte von 50.000 Beschäftigten in Hamburg über den kirchenrechtlichen Sonderweg eingeschränkt. Unsere Anträge und Großen Anfragen wurden allerdings weitgehend von der Mehrheit der Bürgerschaft ignoriert. Wir fordern: Auch Beschäftigte bei der Diakonie müssen alle Arbeitskampfrechte und eine uneingeschränkte Koalitionsfreiheit gemäß Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz erhalten.

Öffentlichen Dienst stärken: Durch eine Gesetzesnovelle des Personalvertretungsgesetzes sind die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Beschäftigten vor einigen Jahren stark eingeschränkt worden. Wir fordern ein neues Personalvertretungsgesetz und orientieren uns hierbei an der sehr guten Vorarbeit der Linksfraktion in Niedersachsen.

„Jetzt kommt ihr zu Wort“, lautete das Motto des 1. Hearings der Fraktion für Interessenvertretungen aus Betrieben, Ämtern und Behörden. Im Rathaus kamen auf unsere Einladung hin über 50 Mitglieder aus Betriebs- und Personalräten sowie Mitarbeitervertretungen (kirchliche Einrichtungen, Diakonie) zusammen und berichteten aus ihrem Alltag: von akutem und geplantem Stellenabbau, von Leiharbeit, Auslagerung von Betriebsteilen, Krankenständen von bis zu 20 Prozent, Absenkungen von Tarifen, Gesellschaftsformumwandlungen, Auswirkungen des verschlechterten Personalvertretungsgesetzes, Ein-Euro-JobberInnen, die als Arbeitsplatzvernichter eingesetzt werden, Datenschutzproblemen, Auswirkungen des Fachkräftemangels, Light-Ausbildungen und welche Folgen die Kürzung des Weihnachtsgeldes für das Leben normaler BeamtInnen hat.

Strukturkonzept zur nachhaltigen Stabilisierung der Hafenwirtschaft

Der neoliberale Traum immerwährenden Wachstums und Prosperität hat mit der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 einen herben Dämpfer erlitten. Die Hamburger Hafenwirtschaft schlug Alarm, Werften und Reedereien meldeten „Land unter“, Insolvenzen, Kurzarbeit und Massenentlassungen waren die Folgen.

Die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft hat in den vergangenen zweieinhalb Jahren wesentliche Vorschläge erarbeitet und parlamentarische Initiativen eingebracht, damit endlich ein grundlegendes Strukturkonzept zur nachhaltigen Stabilisierung der gesamten Hafenwirtschaft und der Regionalökonomie aufgelegt wird. Die viel zu späte Entscheidung des Senats, die Aufwendungskosten des Hamburger Hafens in Zukunft wieder aus Haushaltsmitteln zu finanzieren, bedeutete die endgültige Bankrotterklärung der schwarz-grünen Hafenpolitik und des Prinzips „Hafen finanziert Hafen“.

Die maritime Wirtschaft hat nach Meinung aller Experten mehrere wirtschaftlich schwierige Jahre vor sich. Deshalb steht eine zukünftige linke Hafenpolitik vor der anspruchsvollen Aufgabe, ein länderübergreifendes Konzept für die norddeutschen Seehäfen zu entwickeln, das arbeitsmarktpolitische, soziale und ökologische Aspekte in ausgewogener Weise berücksichtigt und die überflüssige und unwirtschaftliche Konkurrenz zwischen den verschiedenen Standorten beseitigt, indem Synergieeffekte genutzt werden.

In ihren drei Jahren Oppositionsarbeit hat die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft stets für zukunftsfähige und realistische Lösungen bei den Hafenhinterlandverkehren gestritten, die umweltfreundliche Fluss- und Landtransporte favorisieren und den Schienengüterverkehr fördern. Die Fraktion unterstützt den Kampf der Moorburger Bewohner zum Erhalt ihres Elbdorfs und wendet sich gegen die weitere Zerstörung des Stadtteils Wilhelmsburg und die unsinnigen Pläne der „Hafenquerspange“. Das laufende Planverfahren zur 380 Mio. Euro teuren „Fahrrinnenanpassung“



hat deutlich gemacht, dass ein unbeirrtes Festhalten an der Elbvertiefung fatal wäre.

Aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive steht die Fraktion DIE LINKE in ihrer Hafenpolitik für die Limitierung von Leiharbeit in den Hafenunternehmen und die Beschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse. Sie unterstützt den Kampf gegen Lohndumping und streitet für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro. Die Linksfraktion wendet sich grundsätzlich gegen jede weitere Privatisierung öffentlicher Güter im Hafenbereich und gegen einen erweiterten Börsengang der HHLA. Der weitere Ausverkauf von öffentlichen Grundstücken zum Stopfen von Haushaltslöchern wird rigoros abgelehnt. HHLA und Hafenbahn müssen im Eigentum der Stadt bleiben, Hafenwirtschaftsunternehmen stärker an den Infrastrukturkosten des Hafens beteiligt werden. Daneben hat sich die LINKE im Parlament stets für mehr Transparenz hinsichtlich der Finanzierungspolitik der Hamburg Port Authority ausgesprochen und Einzelnachweise über die verwendeten Gelder gefordert, sowie versteckte Subventionierungen der Unternehmen in den Häfen bekämpft.

Links-Verkehr



Das Leitziel, dem DIE LINKE in ihrer parlamentarischen Arbeit folgte, ist der Zugang aller Menschen zu einer möglichst umweltfreundlichen Mobilität. Das langfristige Ziel ist ein kostenfreier, gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr, eine Stärkung des Rad- und Fußverkehrs und die größtmögliche Verlagerung der Güterverkehre auf Schiene und Schiff. Der CDU-GAL-Senat hat in den zurückliegenden Jahren massiv öffentliche Mittel vergeudet, um das Luxusprojekt Hafencity per neuer U4-Strecke für 340 Millionen Euro für knapp 4 Kilometer an das Nahverkehrssystem anzubinden. DIE LINKE kritisierte dieses Leuchtturmprojekt.

Die Fraktion stimmte gegen die jährlichen Anhebungen der Fahrpreise beim HVV und beantragte eine „Weichenstellung für ein Bürgerticket“.

Hamburg hat in den zurückliegenden Jahren den Ausbau des ÖPNV-Netztes vernachlässigt. Das Urteil: ein altmodisches Netz, zu geringe Haltestellendichte, keine gute, moderne Infrastruktur. Daher setzt sich die LINKE für den Ausbau der Trasse nach Ahrensburg – der ehemaligen S4 – ein. Ebenso

haben wir der Weiterentwicklung der Planungen der Stadtbahn zugestimmt, unter dem Vorbehalt, dass der Bund sich in errechneter Höhe finanziell beteiligt und die Kosten für den ersten Abschnitt den 57-Mio.-Kostenanteil für Hamburg nicht übersteigen. Eine genaue Wirtschaftlichkeitsrechnung steht noch aus und wird weiterhin von uns gefordert. Eine Änderung in der genauen Trassenführung ist mit den Bürgern abzustimmen. Die Ertüchtigung der Hafenhinterland-Schienentrassen zur Abwicklung der Güterverkehre wurde von uns befürwortet.

Auch hinkt Hamburg hinterher, was die Barrierefreiheit seiner Bahnhöfe anbelangt. Viel zu langsam findet der notwendige Umbau der Stationen statt. Protestaktionen Betroffener haben wir unterstützt.

Zur Förderung und für den weiteren Ausbau des Radverkehrs, insbesondere für die weitere Einrichtung von Radstreifen auf Straßen sowie die Instandsetzung von Radwegen, beantragten wir eine Anhebung des Budgets, das in Hamburg, auch nach Antritt der GAL, immer noch gerade mal bei 10 Mio. Euro liegt. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Bürger auch bei der Planung von Verkehrsprojekten, wie beispielsweise der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße oder der Stadtbahnplanung, umfassend beteiligt werden müssen. In diesem Sinne kritisierte die Fraktion den Bau der Hafenspanne und die Verlagerung und den autobahnähnlichen Ausbau der Wilhelmsburger Reichsstraße. Ein Gesamtverkehrskonzept Hamburg Süd steht noch aus und hätte vom schwarz-grünen Senat schon in diesem Herbst vorgelegt werden sollen. Wir werden es weiterhin einfordern. Wir setzten uns für den Erhalt von dichten Fahrtrakten bei den Busverkehren in Großsiedlungen ein, ebenso für die Einrichtung von Tempo-30-Zonen, die kaum vorankommt. Die Überdeckung der A7, für die Anwohner ein begrüßenswertes Projekt, wird von der LINKEN kritisch begleitet. Die Teilfinanzierung des Deckels durch den Verkauf von Kleingärten an Investoren lehnen wir ab.

Vier Schwerpunkte unserer Bildungspolitik

I. Längeres gemeinsames Lernen

DIE LINKE engagierte sich als einzige Partei in der Volksinitiative „Eine Schule für Alle“. Das Volksbegehren scheiterte. Die Initiative „Wir wollen lernen“ (WWL) hingegen war in zwei Stufen erfolgreich.

Bevor wir zustimmten, gemeinsam mit den anderen Bürgerschaftsfraktionen gegen WWL in den Volksentscheid zu ziehen, stellten wir Bedingungen, u.a. Abschaffung des Büchergeldes, Absenkung der Klassenfrequenzen und kein Abschulen von Gymnasien.

Am 18. Juli 2010 kam das Aus für die flächendeckende verbindliche Einführung der 6-jährigen Primarschule in Hamburg. Es ist nicht gelungen, vor allem die Eltern, für die die Primarschule ein echter Gewinn in Sachen Bildungsgerechtigkeit bedeutet hätte, zur Teilnahme an dem Volksentscheid zu bewegen.

Dennoch führt kein Weg daran vorbei, dass der Volksentscheid gegen die Primarschule erfolgreich war. Alle Parteien,

auch DIE LINKE, erklärten, dass Volksentscheide für sie verbindlich sind.

Für DIE LINKE bleiben die Probleme der Bildungsgerechtigkeit unvermindert bestehen. Sie wären mit der Einführung der Primarschule nicht beseitigt, sondern allenfalls gemildert worden. Deshalb war sie für uns auch immer nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Mit der Umsetzung des Volksentscheids sind die Bildungsprobleme erst recht nicht gelöst.

Die Fraktion hat sich in der Bürgerschaft engagiert dafür eingesetzt, bei der sog. „inneren Schulreform“ zu retten, was zu retten ist:

- Nach der 4. Klasse gibt es keine Schulform-, sondern nur noch eine Schullaufbahn-Empfehlung. Es gibt zwei Probleme. Die Umsetzung durch die Lehrkräfte und den jetzigen Minderheitensent. DIE LINKE pocht auf Einhaltung des Gesetzes.
- Bis zur 3. Klasse sollen die Zeugnisse einmal jährlich in Form des Lernentwicklungsberichts erfolgen. Der CDU-



Minderheiten-Senat versucht jetzt Arm in Arm mit Scheuerl hinzubiegen, dass nicht einzelne Sorgeberechtigte, sondern ganze Klassen, besser noch Schulen, sich geschlossen für Notenzeugnisse entscheiden können; am liebsten verpflichtend für den Jahrgang 3. DIE LINKE vertritt den Standpunkt, je weniger Notenzeugnisse, desto besser.

- Der Vertrauensschutz für die 23 Starterschulen endet mit diesem Schuljahr. Der § 14 sieht ausdrücklich Schulversuche vor, und sieben Schulen haben entsprechend Anträge bei der Schulbehörde gestellt. Die Bürgerschaftsfraktion unterstützt diese Schulversuche nicht nur, wir haben öffentlich eingefordert, dass auch hier der CDU-Übergangssenator nicht machen kann, was er politisch will.

- Mit der Regelung in § 14 (1) werden die sogenannten Langformschulen wieder ermöglicht. Damit können Langformschulen wie die Max-Brauer-Schule, die Erich-Kästner-Schule oder die Albert-Schweitzer-Schule wieder ermöglicht werden und ihre erfolgreiche Arbeit weiterführen. Auch das war für DIE LINKE ein wichtiger Baustein.

- Gemeinsam Lernen erfordert den uneingeschränkten Zugang von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Behinderungen zu allgemeinbildenden Schulen. Dafür haben wir uns stark gemacht. Da bleibt noch viel zu tun, hier muss ein Schwerpunkt der LINKEN für die nächste Legislaturperiode sein.

Für uns bleibt es weiter die Herausforderung, dass der Schulerfolg oder -misserfolg nicht von der sozialen Herkunft abhängen darf. Es ist schon bitter, wenn im Zusammenhang mit der neuesten PISA-Studie vorgeschlagen wird, dass die Kinder in Deutschland nicht nach der vierten, sondern frühestens nach der sechsten Klasse aufgeteilt werden sollten. Für DIE LINKE liefert PISA erneut den Beleg, dass längeres gemeinsames Lernen ein vorrangiges bildungspolitisches Ziel bleibt.

II. Stärkung des Öffentlichen Schulwesens

10% der SchülerInnen besuchen Privatschulen in Hamburg. Wir haben das Sonderungsverbot des Grundgesetzes ein-

gefordert. Die Schulbehörde setzte eine Höchstgrenze von 200 Euro pro Monat fest, und 13 Schulen bekamen Post; sie mussten ihre Beiträge senken, andernfalls würden ihnen die staatlichen Zuschüsse gestrichen. Das Aufsichtspersonal für Ersatzschulen wurde verstärkt, und zum ersten Mal seit Jahrzehnten wurden Privatschulen kontrolliert. Damit hatten wir aus der Opposition heraus einen großen Erfolg. Unsere Anträge, die Schülerkostensätze dem bundesweiten Durchschnitt anzupassen (statt in 2011 85% lediglich 70%), wurden abgelehnt – von allen Fraktionen! Auch die Investitionszuschüsse für Privatschulen und die exorbitante Förderung der Internationalen Schule haben wir kritisiert.

III. Situation der Lehrkräfte

Im europäischen Vergleich haben die Hamburger LehrerInnen das höchste wöchentliche Unterrichtskontingent. Die zurückliegenden und auch die beschlossenen zukünftigen Arbeitsbelastungen sprengen das Arbeitszeitmodell. Im September 2009 stellten wir den Antrag auf Altersentlastung und Altersteilzeit. Diese Forderung war eingebettet in eine breite Protestbewegung der GEW. Zum Schuljahr 2010/2011 wurde von der Behörde die Altersentlastung wieder eingeführt. Die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition hatte einen Erfolg erzielt.

Mit der Gleichstellung von Lehrkräften mit Lehramtsbefähigung eines Drittstaates sind wir auf dem Weg. Eine Anhörung zeigte den Spielraum auf, den die Behörde hat, um diese LehrerInnen besser zu bezahlen. Aber auch hier könnte der CDU-Minderheiten-Senat blockieren. Wir werden nachhaken.

IV. Schulbau

Die Schulgebäude sind in den letzten zehn Jahren sträflich vernachlässigt worden. ÖPP-Projekte wie „Hamburg Süd“ haben wir kritisiert, mit der Kneifzange mussten wir Informationen an die Öffentlichkeit zerren. Das Sondervermögen Schulbau konnten wir nicht verhindern. Wir haben aber dafür gesorgt, dass es noch in dieser Legislaturperiode im Schulausschuss diskutiert wird.

Frühkindliche Bildung ist ein Grundrecht!



Grundlage der Fraktionsarbeit war die Forderung, frühkindliche Bildung gebührenfrei zu machen und durch Steuern zu finanzieren. Langfristig streben wir Ganztagsplätze für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr an. Mit verschiedensten Initiativen wollen wir deutlich machen, dass frühkindliche Bildung eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft ist, an der sich alle beteiligen, nicht nur diejenigen, die Kinder haben. Privatisierung oder das Zukaufen von Bildung im Kita-Gutscheinsystem führt zu gesellschaftlicher Entsolidarisierung. Der Einsatz von zusätzlichen Geldern in diesem Bereich hat auch haushaltspolitisch eine nachhaltige Wirkung.

Um diesen Anspruch umzusetzen, haben wir Proteste und Kämpfe außerhalb des Parlaments aufgegriffen und sie in Anträgen und Anfragen ins Parlament getragen, aber auch eigene Initiativen zur Diskussion gestellt. Es wurden Kontakte zu Betriebsräten und Gewerkschaften, zum Kita-Bündnis und Landeselternausschuss (LEA), zu Verbänden und Fachleuten aufgebaut. In monatlichen Treffen werden mit Fachleuten aus der Kinder- und Jugendarbeit Themen inhaltlich vorgestellt,

Kampagnen geplant, ein Austausch zwischen Bezirksversammlungen und Bürgerschaft organisiert.

2009 haben wir den Streik im Sozial- und Erziehungsdienst solidarisch begleitet, uns an der Gründung eines Kita-Bündnisses beteiligt. Wir stellten einen Antrag auf Übernahme der Kosten des Tarifabschlusses durch die Stadt. Wir haben auf die Situation der Beschäftigten hingewiesen, ihre Kritik an der Pauschalierung der Personalkosten aufgegriffen, denn diese führt in der Praxis zu Lohnkürzungen und Tarifabsenkungen. Wir griffen eine Studie der Diakonie auf und forderten in einem Antrag den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Kinder ohne Aufenthaltsstatus. Dieser Antrag führte zu einer Expertenanhörung im Familienausschuss.

Wir wendeten uns schon im Herbst 2009 gegen die Kita-Kürzungen und Gebührenerhöhungen des Senats und begleiteten die Proteste der Eltern im Frühjahr 2010 mit eigenen Positionen. Anträge und Debatten behandelten das Thema in der Bürgerschaft. Die Volkspetition gegen die Gebührenerhöhungen des LEA haben wir genauso unterstützt wie seine laufende Volksinitiative „(Früh-)kindliche Bildung ist ein Grundrecht!“.

Wir begleiteten die Umsetzung des Koalitionsvertrages des schwarz-grünen Senats kritisch und haben auf die Einhaltung der dort gemachten Aussagen auf Bildungsbeteiligung und Qualitätsverbesserungen gedrungen. Dies gilt für die Einführung eines Rechtsanspruchs für zweijährige Kinder genauso wie für die Aufstockung der Mittel für Sprachförderung. Die übereilte Einführung der „verlässlichen Betreuung an den Grundschulen“ haben wir kritisiert und eine seriöse Auswertung gefordert. Die Standardabsenkungen und das neue Gebührenmodell werden abgelehnt.

Schließlich griffen wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Kinderregelsätzen auf und forderten einen gebührenfreien Kita-Besuch für die betroffenen Kinder. Auf einer Kita-Konferenz im Oktober 2010 wurde ein umfangreiches Umbauprogramm zum Kita-Gutscheinsystem erarbeitet.

Gegen Studiengebühren und Unterfinanzierung der Hochschulen

Die Hamburger Universität ist die fünftgrößte in Deutschland, rangiert aber, was den Anteil der Bildungsausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt betrifft, an letzter Stelle der Universitäten in allen 16 Bundesländern. Das Ergebnis der CDU-geführten Senate ist eine dramatische Unterfinanzierung der Hochschulen. DIE LINKE ist konsequent für eine bedarfsdeckende staatliche Hochschulfinanzierung bei Überwindung des strukturellen Defizits eingetreten.

Die Studiengebühren wurden in der schwarz-grünen Koalition als nachgelagerte fortgesetzt.

DIE LINKE hat im März 2008 – noch vor der Bildung einer Regierung – ebenso einen Antrag auf Abschaffung der Studiengebühren eingebracht wie im Dezember 2010, sofort nachdem die GAL die Koalition mit der CDU aufgekündigt hatte. Die Gelegenheit, die parlamentarische Mehrheit für einen Politikwechsel zu nutzen, hat Rot-Grün zwei Mal nicht genutzt. Deshalb bleiben die Studiengebühren in Hamburg leider bestehen. Es fällt schwer zu glauben, dass SPD und GAL nach einer Regierungsübernahme im Februar 2011 diesen Schritt der Abschaffung tun werden.

Die Fraktion ist von Anfang an der Schnapsidee von der Verlagerung der Universität auf den Kleinen Grasbrook entschieden entgegengetreten, und das gemeinsam mit Wissenschaftlern und Studierenden und der Initiative, die über 35.000 Unterschriften gesammelt hat. Wir unterstützen die zügige bauliche Erweiterung der Universität in Eimsbüttel. Ebenso treten wir für den Ausbau der „Universität für Baukunst und Metropolenentwicklung“ in der City-Nord ein und lehnen den Neubau in der Hafencity, der 70 Mio. Euro kosten soll, ab.

Unsere Bürgerschaftsfraktion hat sich entschieden für die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium eingesetzt und kritisiert die Enge und die scharfe Zerteilung des Bachelor-Master-Systems. Den Studierenden muss eine sinnvolle und eigenständige Studiengestaltung ermöglicht werden. In mehreren Anfragen und Anträgen haben wir deutlich gemacht,

dass allen Bachelor-Absolventen der Zugang zum Masterstudium offen stehen muss.

Die letzte Unipräsidentin war eng mit der Rüstungsindustrie verbandelt. In Hamburg ist das auch ein Thema. In einer Anfrage wurde die rüstungs- und militärrelevante Forschung an Hamburger Hochschulen thematisiert.

DIE LINKE hat den Begriff „Re-Demokratisierung“ der Hochschulen geprägt. Wir haben die Stärkung der akademischen Selbstverwaltung und die Abschaffung der Hochschulräte gefordert – als einzige im Parlament.

Jetzt gibt es ein Bundesverfassungsgerichtsurteil, das unsere Position voll stützt.

Hochschulen müssen sozial offen, demokratisch und finanziell unabhängig sein, deshalb werden wir ein Sondervermögen Hochschulbau ablehnen.



Vollausbildung für alle!

Kaum gegründet, hat die Fraktion DIE LINKE im Sommer 2008 zu einer Konferenz über die Ausbildungssituation eingeladen. Einig waren sich fast alle, dass die Situation viel schlimmer ist, als in der Öffentlichkeit dargestellt, dass die Appellpolitik des Senats an die Unternehmen gescheitert ist, dass der Staat außerbetriebliche und vollzeitschulische Ausbildungsplätze zu schaffen hat und dass diese durch eine landeseigene Ausbildungsumlage zu finanzieren sind.

Die Fraktion hat immer wieder in Anfragen, Reden und Presseerklärungen auf die erbärmliche Lage der Ausbildungsstatistik hingewiesen und die Zahlenspielerien des Senats entlarvt. Sie hat eine ehrliche und transparente Ausbildungsstatistik gefordert. So hat der Senat die Berufsberatungsstatistik der Arbeitsagentur selbst als „weniger geeignet“ abqualifiziert. Es kann nicht sein, dass der Öffentlichkeit ein „Bewerbermangel“ vorgegaukelt wird, indem die Arbeitsagentur nur solche Jugendliche als „Bewerber“ zählt, die sie für geeignet hält. Auch werden nur Hamburger gezählt, obwohl mittlerweile fast die Hälfte der Ausbildungsplätze an Nicht-HamburgerInnen geht. Die Berufsberatungsstatistik der Arbeitsagentur ist in ihrem jetzigen Zustand völlig ungeeignet. Mitschuld daran trägt der frühere Bundesarbeitsminister und jetzige Bürgermeisterkandidat Olaf Scholz. Die Fraktion DIE LINKE fordert: Da Hamburg auf diese vom Bundesarbeitsministerium bestimmte Statistik wenig Einfluss hat, muss der Senat endlich selbst für seriöse Zahlen in der Ausbildungssituation sorgen und eine integrierte Schulstatistik schaffen, damit wir wissen, wie viele SchulabgängerInnen wirklich eine Lehrstelle bekommen haben. Die Zahlen müssen spätestens Ende September vorgelegt werden und nicht, wie bisher, erst im Januar darauf. Das ist jederzeit möglich, es muss nur gewollt werden.

Im Jahr 2010 hat ein doppelter Abiturientenjahrgang die Schulen in Hamburg verlassen. Schwarz-Grün hat darauf mit der üblichen Gesundheitsbetriebe reagiert. Die wichtigste Maßnahme der Schulbehörde war die Herausgabe einer DVD, in der



den AbiturientInnen Bewerbungstipps gegeben wurden. Die Fraktion DIE LINKE hat deshalb in der Bürgerschaft den Antrag eingebracht: „Die Handelskammer ‚freut sich doppelt‘ – Die Hamburger Jugendlichen haben es doppelt so schwer“. Darin haben wir eine umfassende Aufklärung über die Situation auf dem Ausbildungsmarkt und die vom Hamburger Senat geplanten Maßnahmen gefordert. Dies wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

Wir haben in der Bürgerschaft immer wieder auf unsere grundlegenden Forderungen hingewiesen:

- Wir brauchen eine seriöse Ausbildungsstatistik und eine integrierte Schulstatistik.
- Solange jedes Jahr tausende SchulabgängerInnen in Warteschleifen abgeschoben werden, muss der Hamburger Senat vollqualifizierende Ausbildungsplätze in einem anerkannten Ausbildungsberuf schaffen.
- Betriebe, die nicht ausbilden, zahlen eine landesbezogene Ausbildungsplatzabgabe.



Kulturelle Infrastruktur erhalten und stärken

Der Großteil der öffentlich geförderten Kultureinrichtungen der Stadt ist seit langem strukturell unterfinanziert. Seit Mitte der 1990er Jahre, damals noch unter einem SPD-geführten Senat, erfolgt die schrittweise Rücknahme der Zuweisungen im gesamten Hamburger Kulturbereich. Etats wurden gekürzt oder eingefroren. Tarif- und allgemeine Kostensteigerungen wurden nicht ausgeglichen – das bedeutet reell eine fast 25-prozentige Kürzung ursprünglicher Etats.

Die kulturelle Infrastruktur Hamburgs muss in ihrer Grundsubstanz stabilisiert und ausgeweitet werden. Die Linksfraktion hat von Anfang an deutlich gemacht, dass nur durch eine massive Aufstockung der Mittel diese seit 15 Jahren anwachsenden strukturellen Defizite aufzufangen sind. In verschiedenen Initiativen und Anträgen haben wir für die Teilhabe an Kunst und Kultur und die gezielte Stärkung öffentlicher Kultureinrichtungen gestritten – wie z.B. im Bereich der Stadtteilkultur und Geschichtswerkstätten, bei den Museumsstiftungen, den Theatern, den Bibliotheken, der freien Kunst- und Theaterszene.

Wir freuen uns sehr, dass wir im Rahmen unserer regelmäßigen Kulturratschläge mit den verschiedenen Akteuren der Hamburger Kulturlandschaft unterschiedliche kulturpolitische Themen diskutieren und konkrete Handlungsansätze entwickeln konnten. So beispielsweise zu den Privattheatern, zur Elbphilharmonie, zum Internationalen Maritimen Museum, zur Stadtteilkultur, den Geschichtswerkstätten oder den Museen.

Wesentlicher kulturpolitischer Aufgabenbereich ist für uns die Zusammenarbeit, die Vernetzung und der Dialog mit den unterschiedlichen Einrichtungen, Verbänden, Initiativen und Kulturschaffenden. Nur auf der Grundlage eines stabilen und konstruktiv geführten kontinuierlichen Dialogs kann ein von allen Akteuren akzeptierter Standard für die Gewährleistung der kulturellen Infrastruktur erreicht werden.

Zu einer kulturellen Grundversorgung gehört auch, die kulturelle Teilhabe von sozial schwächer gestellten Personen von

Jung bis Alt zu ermöglichen. Die Linksfraktion hat 2009 die Einführung eines Kulturtickets nach dem Vorbild des Berliner 3-Euro-Tickets sowie die Einführung eines eintrittsfreien Tages in den Hamburger Museen gefordert. Auch wenn dieser Antrag von der CDU und der GAL abgelehnt wurde, werden wir diese Initiative weiterführen.

Anstatt auf eine Stärkung der kulturellen Infrastruktur hinzuwirken, konzentrierte sich die schwarz-grüne Regierung bei ihrer Kulturpolitik auf das Standortmarketing und versuchte, die Kulturszene in Rentabilitäts- und Marketingschablonen zu pressen.

Dieser Ansatz endete in einem kulturpolitischen Desaster. Nach dem verzweifelten Bemühen, sich als Kulturmetropole zu produzieren, steht Hamburgs Kulturpolitik nun landesweit als „inkompetent“, „zerstörerisch“ und „planlos“ da. Die kulturpolitisch Verantwortlichen haben sich nach und nach von einer Politik des Dialogs mit der Kulturszene zurückgezogen. Kultursenator Stuth beschloss Mittelkürzungen ohne fachliche Grundlage und ohne vorher mit den Kultureinrichtungen zu kommunizieren. Und die GAL plapperte ohne zu zögern dem Kultursenator nach dem Mund. Die schamlosen Kürzungsmaßnahmen bei der Stiftung Historische Museen, den Bücherhallen, dem Schauspielhaus, den Privattheatern und dem Denkmalschutz waren und sind ein Angriff auf die kulturelle Infrastruktur, die kulturelle Vielfalt und das kulturelle Gedächtnis der Stadt. Und sie sind auch im Falle eines Regierungswechsels nicht vom Tisch. Auch die SPD macht keine Anstalten, bei der Kultur einen Politikwechsel anzustreben. Es reicht nicht zu betonen, die Elbphilharmonie dürfe den Kulturhaushalt nicht belasten – das ist eine Selbstverständlichkeit! Die Kürzungen im Kulturbereich müssen vollständig zurückgenommen werden. Hamburg braucht ein strukturelles kulturpolitisches Konzept, das die kulturelle Grundversorgung – das kulturelle Erbe, die Künste, die kulturelle Bildung und die Teilhabe an Kunst und Kultur – für die Zukunft gewährleistet.

Kostenexplosionsursachenforschung

Ein Jahr, bevor die 19. Hamburgische Bürgerschaft im März 2008 ihre Arbeit aufnahm, hatte das Landesparlament den Bau der Elbphilharmonie beschlossen und dafür 114 Millionen Euro aus dem Haushalt bereitgestellt – mit den Stimmen von CDU, SPD und GAL. Damit war DIE LINKE in der neuen Bürgerschaft die einzige Fraktion, die nach der grundsätzlichen Berechtigung des kolossalen neuen Wahrzeichens fragte.

Mit der einstimmigen Unterstützung der Elbphilharmonie durch CDU, SPD und GAL wurde auch ein Pauschalpreis durch den Senat fest versprochen – Höhepunkt eines – noch ohne Linke – parteiübergreifenden Elbphilharmonie-Rauschs in der Bürgerschaft. Doch ab April 2008 wurde immer deutlicher, dass etwas faul war. Erste Kostensteigerungen und Verzögerungen, dann der Hinweis auf Verhandlungen mit dem Generalunternehmer Hochtief veranlassten die Fraktion, tiefer in das Thema einzusteigen. Doch die entscheidenden Gutachten und Verträge hielt der Senat unter Verschluss.

Im Dezember 2008 wurde die neue Rechnung präsentiert: Die Kosten der Elbphilharmonie stiegen mit dem Vertragsnachtrag 4 um 209 Millionen auf 323 Millionen Euro. Öffentlichkeit und Parlament waren geschockt – eine Steigerung der Kosten für die Stadt um mehr als 400 Prozent gegenüber der Machbarkeitsstudie.

Die Erklärungen des Senats zu dieser Kostenexplosion warfen für die Fraktion DIE LINKE mehr Fragen auf, als sie beantworteten. Sie kam nach erster Aktensichtung zu einer vorläufigen eigenen Bewertung der Ursachen: Ein Vertrag mit viel Interpretationsspielraum, wirre Finanzierungsstrukturen, offene Risiken und unklare Verantwortlichkeiten prägten das PPP-Projekt (PPP: public private partnership – Zusammenarbeit zwischen der Öffentlichkeit und privaten Unternehmen, bei der häufig genug Gewinne privat sind und die Gefahren öffentlich).

In den Debatten und Sitzungen der folgenden Monate zeigte sich, dass der Senat über die krisenhafte Entwicklung des Projekts Elbphilharmonie nur irreführend und lückenhaft in-

formiert hatte. Um Einblick in die Hintergründe zu bekommen, richtete die Bürgerschaft im Mai 2010 einen Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zum Thema ein. Die Fraktion DIE LINKE ist darin mit dem Abgeordneten Norbert Hackbusch vertreten und hat ein Recherche-Team aufgestellt.

Der PUA ermöglicht den Zugang zu den Projektakten und die Befragung von Zeugen des Geschehens. In diesem Zusammenhang hat das Team der Fraktion sich bislang vor allem die Themen Ausschreibung und Vertragskonstruktion, Beratungsleistungen und Verantwortlichkeiten, den PPP-Status des Projekts und den Ablauf von Vergabe und Nachverhandlungen erarbeitet.

Mit der Hamburgischen Bürgerschaft wird im Februar 2011 auch der PUA Elbphilharmonie aufgelöst. Doch er steht erst am Beginn seiner eigentlichen Arbeit. DIE LINKE setzt sich für die Neu-Einrichtung des PUA Elbphilharmonie in der 20. Legislaturperiode ein.



Kulturelle Freiräume schaffen



Hamburg ist kein freundlicher Ort für Kulturschaffende, die in dieser Stadt zunehmend bürokratisch drangsaliert und durch überbezahlte Arbeitsbedingungen unter Existenzminimum gedrückt werden. Freiräume und günstige Flächen sind

im innerstädtischen Bereich kaum noch vorhanden. In den Randbezirken droht die Gefahr, dass Kulturschaffende als kulturelle Zwischennutzer von der Unternehmerischen Stadt als Standortfaktoren und als Imagefaktor zur Aufwertung vernachlässigter Stadtteile missbraucht und anschließend verschleudert werden. Kulturschaffende mussten lange genug mit ansehen, wie die von ihnen eroberten und kulturell gestalteten Orte zu lukrativen Anlageobjekten umgewandelt wurden. Um die Stadt wieder attraktiv für Kreative zu machen, müssen insbesondere weit mehr Arbeitsräume für Kunst- und Kulturschaffende zu günstigen Konditionen bereitgestellt werden und verlässlich auch für längere Mietzeiten zur Verfügung stehen.

Die Auseinandersetzung um öffentliche und kulturelle Räume hat mit den erfolgreichen Aktionen im Gängeviertel neuen Auftrieb bekommen. Die Initiative „Komm In die Gänge“ hat die historischen Gebäude des Gängeviertels vor dem Zerfall und Abriss bewahrt und das Thema Denkmalschutz wieder auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt. Sie hat der Stadt gezeigt, „welches Potential hier an seiner Entfaltung gehindert wird“, und den Mangel an Räumen für künstlerische und soziokulturelle Nutzung deutlich gemacht.

Die Linksfraktion hat die Aktivitäten im Gängeviertel und die Forderungen der Initiative „Komm in die Gänge“ von Anfang an unterstützend begleitet. Diverse parlamentarische Initiativen setzten das Thema nachdrücklich auf die Tagesordnung der Bürgerschaft. Der Rückkauf des Areals durch die Stadt im Dezember 2009 war ein erster Erfolg. Seitdem fordern wir von der Stadt die Anhandgabe des Gängeviertels an die Initiative. Die Stadt sollte Abstand davon nehmen, das Gängeviertel in Zukunft bürokratisch gängeln zu wollen. Nur eine selbstverwaltete, konzeptionelle Nutzung und Belegung durch die Initiative kann den wertvollen Charakter des Gängeviertels als öffentlichen Ort und als Raum für gesellschaftliche Partizipation sicherstellen.

Soziale und ökologische Energiewende

DIE LINKE will bundesweit den Ausstieg aus Kohle und Atom und den Einstieg die soziale und ökologische Energiewende. Nach der Genehmigung von Moorburg haben wir viele Anfragen zum Kohlekraftwerk gestellt und in Bürgerschaftssitzungen die Position der LINKEN deutlich gemacht.

Wir hatten und haben engen Kontakt zur Initiative „Moorburgtrasse stoppen“ und haben sie in ihrem Kampf gegen die Trickereien bei Planverfahren, Baumfällungen und Natureingriffen vor Ort, im Parlament und mit vielen Anfragen unterstützt. Insbesondere die Rolle des Energiekonzerns Vattenfall und die vielfältigen Verflechtungen mit der Hamburger Politik und Wirtschaft haben wir in Anfragen kritisch beleuchtet, so z.B. bei Vattenfalls „Klima-Akademie“ an Schulen oder beim Gemauschel im Vergabeverfahren für die Stromversorgung beim Deutschen Elektronen-Synchrotron (DESY).

Bei der Umweltpartnerschaft sind ausschließlich Vattenfall und E.ON Energieberater; es gibt insgesamt über 450 Kooperationen. In der Praxis bedeutet das nichts anderes als

staatlich geförderte Kundenpflege und Kundenwerbung. DIE LINKE forderte, alle Verträge so schnell wie möglich zu beenden.

DIE LINKE deckte auf, dass 2008/2009 von Vattenfall jeweils über 15.000 Haushalte vom Strom abgeklemmt wurden. Im Gasbereich stieg die Zahl der Gaskunden, die von E.ON Hanse keine Gasversorgung mehr erhielten, von 750 in 2008 auf rund 1.200 in 2009. Es gibt aber ein Grundrecht auf Energieversorgung; deshalb forderte DIE LINKE, Abklemmungen abzuschaffen.

„Tschüss Vattenfall“ gilt im weitesten Sinne. Viele Hamburgerinnen und Hamburger folgten dem Aufruf, den Energieanbieter zu wechseln. Ziel sollte jedoch ein Stadtwerk in Hamburg sein, das nicht als Stromhändler tätig ist, sondern auch Energie produziert. Schon im Februar 2009 brachte DIE LINKE den Antrag „Soziale und ökologische Energieversorgung für Hamburg – Stadtwerke aus einem Guss und Netze in öffentliche Hand!“ ein.

Es geht auch um die Netze.

Seit 2010 steht die Rekommunalisierung der Energieversorgung aktueller denn je auf der Tagesordnung. Die Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Netz!“ fordert, die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasnetze wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen.

Als einzige Fraktion in der Bürgerschaft unterstützte DIE LINKE die Volksinitiative und stimmte für deren Übernahme.

Die Vertreter der Initiative haben in einer Anhörung im Umweltausschuss klar gesagt, dass sie unter einer vollständigen Übernahme der Netze in die Öffentliche Hand eine Beteiligung von Vattenfall von 0% und bei Gas von E.ON ebenfalls von 0% verstehen. Das ist für uns selbstverständlich, die GAL überlegt noch, aber die SPD spricht von einer „strategischen Mehrheit“ der FHH von 25,1%. Der Rest soll nach Auffassung der Sozialdemokraten bei den beiden Energiekonzernen bleiben.

Erst HEW und Hein Gas verscherbeln, sich dann dafür entschuldigen und dann nicht die Gelegenheit zur Kurskorrektur ergreifen – das ist sie eben, die Politik der SPD. Politikwechsel sieht anders aus!

Die Bürgerschaftsfraktion veranstaltete Anfang September 2010 mit sechs Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion der LINKEN in Hamburg die Energiekonferenz „Atomkraft abschaffen – Die Zukunft ist erneuerbar!“ Das Ergebnis war eine Resolution gegen Atom- und Kohlekraft mit einer klaren Alternative: 100% erneuerbare Energie und Energieversorgung als Grundrecht!

Hamburg ist von den Atomkraftwerken Krümmel, Brunsbüttel und Brokdorf umzingelt.

DIE LINKE stellte Schriftliche Kleine Anfragen und brachte Anträge zu endgültigen Stilllegung im Parlament ein. Alles, was die schwarz-grüne Regierungskoalition zustande brachte, war: „Bei Zweifeln am weiteren sicheren Betrieb des AKW soll darauf hingewirkt werden, das AKW Krümmel

dauerhaft stillzulegen.“ Diese Zweifel sind ihr nie gekommen. Am 21. April wurden Anträge zur Kettenreaktion diskutiert. Die GAL konnte nicht einmal dafür stimmen, dass die Bürgerschaft zur Teilnahme an der Kettenreaktion aufruft. Sie lehnte sie gemeinsam mit der CDU ab, aber am nächsten Tag präsentierte sie sich vor der Presse mit grünen Schals und grünen Luftballons als Speerspitze der Anti-Atom-Bewegung. Die Hamburger Morgenpost lehnte es ab, auch nur einen Journalisten und einen Fotografen vor das Rathaus zu entsenden, und schrieb: GAL: peinlich, peinlich!

Am 11.08.2010 stellten wir den Antrag „Atomkraft abschaffen: Laufzeitverlängerung verhindern“, und am 15.09.2010 brachten wir einen weiteren Antrag ein, der den Senat aufforderte, sich an der Verfassungsklage gegen Missachtung des Bundesrates zu beteiligen.

Auch diese beiden Anträge lehnte die GAL Arm in Arm mit der CDU ab. Erst nach dem Bruch der Koalition wurde im Umweltausschuss die parlamentarische Mehrheit gegen Laufzeitverlängerungen genutzt. Zu spät!

Zum Thema Radioaktivität und Atomkraftwerke deckte die DIE LINKE auf, dass allein im letzten Jahr 232 Atomtransporte aus dem Hamburger Hafen quer durch die Stadt fuhren, z.T. nur 30 Meter an Wohnhäusern vorbei. Das gelang uns mit sieben schriftlichen Kleinen Anfragen, drei Anträgen, mehreren Debatten in der Bürgerschaft, drei Pressekonferenzen und einer sensibilisierten Öffentlichkeit. Wir erreichten eine Überprüfung der Sicherheitslage und ein neues Gefahrgüterkontrollkonzept. Auch hier konnte sich die GAL als Koalitionspartner der CDU nicht zu einer klaren Haltung durchringen. Wir forderten wiederholt den sofortigen Stopp der Atomtransporte durch Hamburg.

Erst in der Bürgerschaftssitzung am 16.12.2010 stimmte die GAL unserem Antrag „Transport von Kernbrennstoffen über Hamburg verhindern“ zu.

Die SPD stimmte dagegen. Noch Fragen?



Herausforderung Umweltschutz

Im Umweltausschuss war DIE LINKE gefordert, sich mit den Fragestellungen der praktischen Naturschutzarbeit auf regionaler und lokaler Ebene und einem wirkungsvollen Landschaftsschutz in Hamburg insgesamt auseinanderzusetzen. Durch die Bezirksverwaltungsreform von 2006 wurden die direkt der Bezirksamtsleitung unterstehenden bezirklichen Naturschutzreferate aufgelöst.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass in den Bezirken arbeits- und leistungsfähige Naturschutzabteilungen wiederhergestellt werden. Im März 2010 haben wir deshalb Anträge zur Evaluation der Hamburger Forstverwaltung und des bezirklichen Naturschutzes gestellt. Durch unser Engagement ist es gelungen, eine Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden anzubahnen, wie sie es vorher mit der LINKEN nicht gab. Daraus resultierten Schriftliche Kleine Anfragen: „Bezirklicher Naturschutz“ und „Naturschutz- und Landeswaldgesetz endlich umsetzen! – Kennzeichnung der Pferde“.

Ein großes Thema in dieser Legislaturperiode war die Ände-



rung des Hamburgischen Naturschutzgesetzes. DIE LINKE hat sich dafür eingesetzt, dass den Naturschutzbelangen ein größeres Gewicht als bisher beigemessen wird. Der Hauptknackpunkt war die Hafenprivilegierung und die Uferrandstreifenregelung. Streckenweise waren wir im Ausschuss die einzigen Verbündeten der Naturschutzverbände, insbesondere wenn es darum ging, dass Landwirtschaft ein problematischer Faktor bei der Umwelt- und Gewässer-Verschmutzung ist. Mit dem Antrag: „Hamburgisches Gesetz zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes“ haben wir formuliert, dass eine nachhaltige Naturschutzpolitik im unbedingten Gesamtkontext der biologischen Vielfalt stehen muss. Wir haben uns bewusst darauf bezogen, dass das Jahr 2010 von den Vereinten Nationen zum Jahr der Biodiversität ausgerufen wurde, und eine Reihe von Schriftlichen Kleinen Anfragen zu dem Thema gestartet.

In Hamburg hat sich eine Initiative „Gentechnikfreie Metropolregion Hamburg“ gegründet. Wir hatten engen Kontakt zu dieser Initiative und ihre Kampagne „Aus der Region für die Region“ unterstützt.

Die Bürgerschaftsfraktion hat nach intensiver Auseinandersetzung mit den anderen im Parlament vertretenen Parteien einen interfraktionellen Antrag auf den Weg gebracht, der einstimmig beschlossen wurde. Es geht darum, dass der Senat Konzepte und Initiativen zur Schaffung gentechnikfreier Zonen unterstützt und bei Landwirten, Handels- und Verarbeitungsbetrieben für freiwillige Selbstverpflichtungen wirbt. In städtischen Einrichtungen wie Schulen und Kitas sollen nur gentechnikfreie Lebensmittel angeboten werden. Auch auf der Internationalen Bau- und Gartenbauausstellung im Jahr 2013 soll der Grundsatz der „Gentechnikfreiheit“ befolgt werden.

Das Motto „Aus der Region für die Region“ hat auch viel mit Energie- und Klimapolitik zu tun. Ob Äpfel aus dem Alten Land oder Neuseeland, ist eben nicht nur eine Frage des Geschmacks.

Grundrechte stärken, Demokratie ausbauen



Die Verteidigung und Stärkung der Grundrechte ist vom Kampf für soziale Gerechtigkeit nicht zu trennen

Schwarz-Grün hatte zwar die verfassungskonforme Novellierung der Polizeigesetze in den Koalitionsvertrag geschrieben, doch drei ganze Jahre lang nichts zustande gebracht. Wir haben die kritischsten Punkte der Polizeigesetze in den Fokus genommen, in erster Linie zu nennen die „Gefahrengebiete“. Seit 2005 hat die Polizei über 40 „Gefahrengebiete“ zeitweilig oder dauerhaft eingerichtet. Hier kann sie Grundrechte außer Kraft setzen: verdachtsunabhängig Personalien feststellen, Taschen durchsuchen, Platzverweise und Aufenthaltsverbote aussprechen und Ingewahrsamnahmen vornehmen. All das ist vieltausend-, ja zehntausendfach geschehen. Dagegen startete die Fraktion eine Kampagne mit dem Ziel, die Ge-

fahrengebiete aufzuheben. Das ist nicht ganz gelungen, aber immerhin: Ihre Zahl wurde erheblich reduziert. So wurde z.B. Ende 2009 das drei Jahre bestehende „Gefahrengebiet“ Bergedorf-Nettelburg aufgehoben, auch dank der Arbeit der Bergedorfer Bezirksfraktion der LINKEN.

In Auseinandersetzung mit Fällen von rechtswidriger Polizeigewalt brachte die Bürgerschaftsfraktion 2008 einen Gesetzentwurf ein, der die Ausweis- und individuelle Kennzeichnungspflicht für alle Polizeibeamten vorsah. Der wurde abgelehnt. Vom Tisch ist die Forderung damit jedoch lange nicht. Sie hat in den Demonstrationen von St. Pauli-Fans nach dem Polizeieinsatz gegen die Fankneipe Jolly Rogers eine Rolle gespielt, Amnesty International macht sich mit einer Kampagne für die Kennzeichnungspflicht stark – und auch wir werden weiter daran arbeiten.

In einer schlimmen Verfassung war spätestens seit Schill und blieb auch unter Schwarz-Grün das Grundrecht der Versammlungsfreiheit. In vielen Fällen geht die Polizei unverhältnismäßig gegen politisch missliebige Versammlungen vor: Einschnürende Auflagen, Wanderkessel, überwältigende Polizeiaufgebote, willkürliche Auflösungen von Demonstrationen – eine solche Praxis untergräbt den Zweck von Versammlungen, sich an die Öffentlichkeit zu richten und auf die Meinungsbildung Einfluss zu nehmen, und macht sie für die TeilnehmerInnen zum Risiko. Eine unserer Aufgaben sahen wir deshalb darin, „vor Ort“ und in den Auseinandersetzungen in der Bürgerschaft das Recht auf Versammlungsfreiheit zu verteidigen.

Auf einer Fachtagung der Fraktion im Mai 2010 untermauerten viele Experten die Kritik an der ständigen Machtausweitung und die Forderung nach einer Demokratisierung der Polizei. Einen anschließend ausgearbeiteten Gesetzentwurf für einen unabhängigen Polizeibeauftragten können wir nun erst in der nächsten Legislaturperiode einbringen.

Verschiedene Initiativen der Fraktion führten zu kleinen Erfolgen:

So musste die Polizei aufgrund unserer Veröffentlichung eine „Handlungsanweisung gegen Personen und Personengruppen“ entschärfen, die sie ermächtigte, willkürlich unliebsame Menschen – v.a. Obdachlose und Punks – aus der Innenstadt zu vertreiben und ihre Bewegungsfreiheit einzuschränken.

Eine Kleine Anfrage der Fraktion brachte hunderte illegal angebrachte Videokameras öffentlicher Stellen ans Licht. Die Intervention des Datenschutzbeauftragten und die öffentliche Kritik führten schließlich zu einer Änderung des Datenschutzgesetzes, die die Praxis der Videoüberwachung deutlich restriktiver regelt und damit den Persönlichkeitsrechten der Bürgerinnen und Bürger stärker Rechnung trägt.

Mehr direkte Demokratie

Nie wieder sollten Senat und Bürgerschaftsmehrheiten die Ergebnisse von Volksentscheiden so missachten können wie 2004, als der Landesbetrieb Krankenhäuser gegen den erklärten Willen der BürgerInnen verkauft worden war. Deshalb hatte DIE LINKE vor den letzten Wahlen das Volksbegehren und die Volksinitiative „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ unterstützt. Ziel war, Volksentscheide zu erleichtern und ihre Verbindlichkeit zu erhöhen. Zwar verfehlte der Volksentscheid Ende 2007 das Quorum für eine Verfassungsänderung. Doch der politische Druck und die neue Konstellation nach den Wahlen 2008 reichten aus, um die Verfassungsänderung auf den Weg zu bringen. Die Initiative Mehr Demokratie einigte sich Ende 2008 mit der schwarz-grünen Koalition sowie SPD und Linksfraktion auf eine Verfassungsänderung, die die Ziele des jahrelangen Kampfes für mehr direkte Demokratie umsetzte. Die Linksfraktion hat bei der Ausarbeitung dieser Verfassungsänderung konstruktiv mitgearbeitet.

Inzwischen geht es um die Verteidigung und Stärkung bezirklicher Bürgerbegehren; denn vor allem die CDU versucht, Bürgerbegehren durch Quoren zu erschweren, wie auf ihrem Landesparteitag im Dezember 2010 beschlossen.

Wir reagieren jedoch nicht nur passiv auf Volks- und Bürgerbegehren. Auf Hamburg-Ebene engagierte sich die Fraktion in der Bürgerschaft und außerparlamentarisch für das Volksbegehren „Eine Schule für alle“, für die Primarschule, für die Volksinitiativen „Unser Hamburg – Unser Netz“, „Die Stadt gehört uns – keine Privatisierung gegen den Bürgerwillen“ und „(Früh-)kindliche Bildung ist ein Grundrecht“.

Eingesperrt, aber nicht rechtlos – für eine Reform des Strafvollzugs



Die Situation des Strafvollzugs war zu Beginn der Legislaturperiode 2008 durch die Verheerungen gekennzeichnet, die die beiden CDU-Justizsenatoren Kusch und Lüdemann zu verantworten hatten. Das Ziel der sozialen Wiedereingliederung von Gefangenen war völlig aufgegeben, der Vollzug zum reinen Verwahrvollzug verkommen. Vorwärtsweisende Einrichtungen wie die sozialtherapeutische Anstalt waren zerschlagen, Lockerungsmaßnahmen, die für das Ziel der sozialen Integration unverzichtbar sind, fast vollständig weggelassen worden.

All das fand im Namen der „Sicherheit“ statt. Größtmögliche Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten aber nur niedrige Rückfallquoten, also die gelungene Wiedereingliederung von Gefangenen. Das gilt für den Strafvollzug und fast noch mehr für die Sicherungsverwahrung.

Gefangene sind ihrer Freiheit beraubt, aber sie dürfen nicht ihrer Menschenwürde, ihrer Menschenrechte beraubt werden. Ohnehin ist das Gefängnis eine lebensfeindliche, entmündigende und entsozialisierende Einrichtung. Gefangene sollen ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft bewältigen, und zwar unter schwierigsten Bedingungen. Darin müssen sie unterstützt und dürfen nicht zusätzlichen Erschwernissen ausgesetzt werden.

An dieser Aufgabenstellung hat sich die Fraktion DIE LINKE

orientiert. Sie hat deshalb konsequent solche Forderungen und Reformvorschläge in den Mittelpunkt gestellt, die Mindeststandards für Gefangene sichern und ihre Entrechtung bekämpfen. Denn es liegt eine tiefe Wahrheit in dem Satz, der dem russischen Dichter Dostojewski zugeschrieben wird: „Den Stand der Zivilisation einer Gesellschaft erkennt man bei einem Blick in ihre Gefängnisse“.

So haben wir in vielen Anfragen und einigen Anträgen die Haftbedingungen thematisiert: Mangelernährung, den über- teuerten Einkauf, unzureichende Telefonmöglichkeiten oder Besuchszeiten zum Beispiel.

Wir haben uns für Verbesserungen eingesetzt, die die Wiedereingliederung von Gefangenen ermöglichen: bei Ausbildungsangeboten, bei der Gesundheitsversorgung, bei Vollzugslockerungen, dem offenen Vollzug und dem Übergang in die Freiheit. Oder bei der Kommunikation mit der Außenwelt: Warum wird Gefangenen kein (kontrollierter) Internetzugang ermöglicht?

Wichtige Reformziele sind seit Jahrzehnten die Einbeziehung von Gefangenen in die Sozialversicherung und die angemessene Bezahlung von Gefangenenarbeit. Bei einem Stundenlohn von ca. 1,50 Euro ist es den Gefangenen unmöglich, Schulden zurückzuzahlen und einen finanziellen Beitrag zur Wiedergutmachung oder zur Erziehung ihrer Kinder zu leisten. Beides haben wir wieder auf die Tagesordnung zu setzen versucht.

In diesem Sinne haben wir auch einige von Justizsenator Steffen angeschobene Reformen kritisch und mit eigenen, weitergehenden Anträgen unterstützt.

Wir haben die Zusammenarbeit mit Gefangenen und der GefangenenMitverantwortung gesucht, allerdings, der Fülle der Aufgaben einer kleinen Fraktion geschuldet, noch viel zu selten.

Viele weitere Aufgaben bleiben: vor allem der Ausbau und die ausreichende Ausstattung der sozialtherapeutischen Anstalt und die Ausweitung des offenen Vollzugs.

Antifaschismus und NPD-Verbot

„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – Initiative für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren!“ Mit diesem Titel hat DIE LINKE als erste Fraktion in der 19. Wahlperiode am 2.4.2008 einen Antrag zum Verbot der neonazistischen NPD in die Hamburgische Bürgerschaft eingebracht.

Als Reaktion darauf hat auch die SPD einen Antrag mit dem Titel „NPD-Verbot weiter vorantreiben“ eingereicht. Beide Anträge forderten den Senat auf, das vom Landesamt für Verfassungsschutz gesammelte Material für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren dem Bundesinnenministerium unverzüglich zur Verfügung zu stellen und sich im Bundesrat für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren einzusetzen.

Anders als die SPD fordert DIE LINKE zusätzlich, die vom Verfassungsschutz bezahlten V-Leute in der NPD abzuschalten, damit ein erneutes Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht auch die dringend notwendige Aussicht auf Erfolg bekommt. Außerdem haben wir uns in unserem Antrag nachdrücklich für Vereinigungsverbote von gewalttätigen neonazistischen „Freien Kameradschaften“ ausgesprochen, die vom Innensenator verfügt werden können.

Der gewalttätige Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai 2008 in Barmbek sollte uns recht geben. Anstatt den Neonazi-Aufmarsch zu verbieten, ließen Innensenator Ahlhaus und die Polizeiführung zu, dass militante Neonazis Journalisten und GegendemonstrantInnen gezielt und brutal angegriffen haben. Zeitgleich demonstrierten in Barmbek über 10.000 Menschen gegen den Neonazi-Aufmarsch mit dem Hamburger Bündnis gegen Rechts, in dem auch DIE LINKE organisiert ist.

Die Nazis attackieren seit Jahren unter dem Deckmantel der Inanspruchnahme von Grundrechten, von der Meinungsfreiheit über die Versammlungsfreiheit bis zum Parteienprivileg, die Prinzipien des freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Seit Jahren erleiden Flüchtlinge, MigrantInnen, Obdachlose und links-alternative Jugendliche neonazistische Gewalttaten. *DIE ZEIT* und der *Berliner Tagesspiegel* haben gründlich recherchiert: zwischen 1990 und 2010 star-

ben insgesamt mindestens 137 Menschen durch rechte Gewalt – etwa dreimal so viele, wie staatliche Stellen offiziell ausweisen.

Die Fraktionen der LINKEN in der Bezirksversammlung Nord und der Bürgerschaft haben erfolgreich für das Verbot von NPD-Informationsständen gestritten, nach dem die Neonazis von einem NPD-Infostand aus in Barmbek zwei Frauen gewalttätig angegriffen hatten. Das Verbot von NPD-Infoständen durch das Bezirksamt wurde vom Verwaltungsgericht Hamburg bestätigt.

Mit einer Vielzahl von Kleinen Anfragen, die wir auch in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Bündnis gegen Rechts erarbeitet haben, haben wir darüber hinaus die Verbindungen von Neonazis in Nadelstreifen mit militanten Neonazis in der extremen Rechten aufgezeigt.



Migration und Flucht

Zentrales Anliegen der Linken ist die Stärkung der Rechte von Flüchtlingen und Migrant/-innen. DIE LINKE lehnt es ab, das Thema Migration nur unter dem Aspekt der Nützlichkeit für den Arbeitsmarkt und der Wirtschaftlichkeit zu diskutieren. Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik, die Menschen willkommen heißt, die vor Hunger, Krieg oder Vertreibung in ihren Herkunftsländern geflüchtet sind. Die Linke setzt auf Gleichberechtigung und Teilhabe.

DIE LINKE hat sich dafür eingesetzt, dass dauerhaft in Hamburg lebende Migrant/-innen an den Wahlen auf kommunaler Ebene und an Volksentscheiden teilnehmen können. Zu diesem Thema wurde eine Expertenanhörung veranstaltet und ein Antrag in die Bürgerschaft eingebracht.

Während der zwei Volksentscheide haben wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten mit Migrant/-innen und migrantischen Organisationen über die Bedeutung schulischer Bildung diskutiert, hierzu in Bezirken mit hohem Migrantanteil Hausbesuche und Stadtteilrundgänge durchgeführt.

Weiter hat sich die Fraktion dafür stark gemacht, die Voraussetzungen für die Einbürgerung durch Erlass einer Fachanweisung zu erleichtern und die Optionspflicht abzuschaffen.

Die Bürgerschaftsfraktion hat auch dazu beigetragen, dass Missstände in der Unterbringung und der Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge öffentlich wurden.

Entgegen der eindeutigen Rechtslage werden minderjährige Flüchtlinge vielfach nicht vom Jugendamt in Obhut genommen, sondern durch eine Altersfiktivsetzung für volljährig erklärt, gemeinsam mit Erwachsenen untergebracht und auf andere Bundesländer umverteilt. Wir haben in dieser Frage eng mit dem Bundesfachverband Minderjährige Unbegleitete Flüchtlinge sowie dem Flüchtlingsrat zusammengearbeitet und einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht mit dem Ziel, humanitäre Standards für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge sicherzustellen.

Im April 2010 deckten wir auf, dass die Ausländerbehörde unter Schwarz-Grün mit zahlreichen Dienstanweisungen weiterarbeitete, die aus der Amtszeit von Schill stammen. So galt beispielsweise die äußerst restriktive Anweisung zum Umgang mit ärztlichen Attesten fort, derzufolge Flüchtlinge grundsätzlich für reisefähig bzw. flugtauglich zu erklären sind. Auf Druck der Fraktion DIE LINKE musste der Senat zusagen, die Dienstanweisungen zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern.

DIE LINKE setzte sich für die Rechte von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus ein – wir brachten u.a. einen Antrag ein, der für Kinder ohne gesicherten Aufenthaltsstatus das Recht auf einen Kita-Platz vorsieht. Außerdem unterstützen wir Konzepte für einen anonymisierten Zugang zur Gesundheitsversorgung.

Wir setzen uns ein für eine Auflösung der Abschiebehafte bzw., solange dies politisch nicht durchsetzbar ist, für die Verbesserung der Bedingungen in der Abschiebehafte. Die beiden Suizide im Frühjahr 2010 haben gezeigt, wie unmenschlich Abschiebehafte ist.



Die Linksfraktion steht für Frauenpower

Die Frauenpolitik der Linksfraktion sieht sich im Verbund mit den Akteurinnen der Frauenbewegung. Wir sind angetreten, um eine transparente Politik zu machen und die Forderungen der AkteurInnen außerparlamentarischer Politik ins Parlament zu tragen.

Auf einem gut besuchten Frauenratschlag 2008 gab es eine Bestandsaufnahme der dringendsten Probleme und Handlungsfelder.

Im Frühjahr 2009 folgte eine Anhörung zur Gleichstellung mit Expertinnen, die große Resonanz fand. Ständige Dialoge mit feministischen Frauenprojekten, dem Landesfrauenrat, Lesbeninitiativen, Migrantinnenorganisationen, Sexualberatungsstellen, den Gewerkschaftsfrauen, Hebammen und anderen bilden die Grundlage für unsere Arbeit.

Wir haben einen Antrag gestellt, die Forderung der ver.di-Frauen, den 8. März in Hamburg zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, ins Landesfeiertagsgesetz aufzunehmen.

Unsere Große Anfrage zur häuslichen Gewalt und der Situation der Frauenhäuser fand viel Beachtung. Wir forderten Erhalt und Ausbau der Frauenhäuser, auch über die Landesgrenzen hinweg.

Zum Internationalen Tag gegen die Gewalt an Frauen und Mädchen lud die Fraktion zu Empfängen ExpertInnen und AkteurInnen ein: 2009 zum Thema Gewalt im Internet, 2010 zum Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderungen.

Politisches Handeln ist niemals geschlechtsneutral. Dies ergab unsere Große Anfrage zum Gender Budgeting. Solange wir von der tatsächlichen Gleichstellung weit entfernt sind, wirken sich Budgetentscheidungen unterschiedlich auf Männer und Frauen aus. Mit Gender Budgeting soll das fiskalische Handeln jährlich daraufhin überprüft werden, wie konsequent es zur Gleichstellung von Frauen und Männern beiträgt, und die Transparenz bei der Verteilung öffentlicher Mittel erhöhen.

Wir haben in Anträgen ein Gesetz für die Gleichstellung in

der Privatwirtschaft, eine Novellierung des Gesetzes für die Gleichstellung im öffentlichen Dienst und die Kopplung der öffentlichen Auftragsvergabe an Maßnahmen der Frauenförderung gefordert.

Frauen müssen zudem endlich die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen wie Männer. Freiwillige Vereinbarungen führen nur zur Zementierung der herrschenden Ungleichheit. Wir sind überzeugt, dass es ohne einklagbare Rechte keine gerechtere Verteilung geben wird.

Mit einer Großen Anfrage und fortgesetzten Initiativen waren wir federführend in der Bürgerschaft bei der Frauengesundheit. Speziell bei Mammografie, Sucht und Psychiatrie setzten wir Schwerpunkte. Frauen sind anders gesund und anders krank als Männer. Sie werden zu wenig in der Forschung berücksichtigt und es gibt zu wenig Angebote, die die besonderen Lagen von Frauen berücksichtigen.

Wir sind davon überzeugt: Wo Frauen sich selbstbestimmt und frei entwickeln können, geht es allen – auch den Männern – besser. Eine Gesellschaft kann und darf es sich nicht leisten, auf die Ressourcen von Frauen zu verzichten.



HSH Nordbank, Finanzloch und öffentliche Finanzen

Im Herbst 2008 stand die HSH Nordbank vor der Insolvenz. Die HSH Nordbank und andere Landesbanken verkörpern das Desaster von Provinzbanken, die sich zusammenschlossen, um Global Player zu spielen, die die Spielregeln der internationalen Finanzmärkte aber nicht beherrschten und deswegen mit dem Geld der Bürger/innen aus Schleswig-Holstein und Hamburg gnadenlos scheiterten. Die Bank wurde mit Milliarden an neuem Kapital und Garantien ‚gerettet‘. In Hamburg haben sich für diese Lösung entschieden – CDU, GAL und SPD. Zur Aufklärung der Fehlentwicklung wurden in Hamburg und Kiel parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingesetzt. Die Bank hat in Zusammenarbeit mit der Justiz erfolgreich die Aufklärung hintertrieben. Im November 2010 konnte der PUA in Hamburg feststellen, dass die Akten über die Vorstandsbeschlüsse aus den Jahren 2007/2008 nur zu Bruchteilen den Ausschüssen vorgelegt wurden.

Was kostet das HSH-Debakel?

Die Bank hatte im Jahr 2007 einen geschätzten Gesamtwert von 4 Milliarden Euro. Dazu kamen im Sommer 2008 eine Umwandlung von stillen Einlagen und eine Kapitalerhöhung von 2 Milliarden Euro. Im Frühjahr 2009 mussten erneut von Hamburg und Schleswig-Holstein 3 Milliarden Euro eingeschossen werden. Dieser Gesamtwert von 9 Milliarden Euro steht nicht einmal auf dem Papier. Die HSH-Aktien stehen gegenwärtig offiziell (weil nicht gehandelt) mit 19 Euro in den Büchern. Der faktische Börsenwert dürfte unter 10 Euro liegen.

Die Bank ist also bestenfalls 5 Milliarden Euro wert. Der Verlust für die Eigentümer beläuft sich somit auf 4 Milliarden Euro. Praktisch sieht das so aus, dass die Bank zwar für die Garantien Gebühren (Zinsen) bezahlt, aber keine Dividenden mehr an die Eigentümer ausschütten kann.

Im Jahr 2006 kassierten die Eigentümer immerhin 126 Millionen Euro. Im Jahr 2007 214 Millionen; seither ist Schluss.

Das Ausbleiben der Dividenden führt bei Hamburgs Vermögens Holding zu einem Verlust von rund 100 Millionen Euro pro Jahr. Der Verlustausgleich bedeutet, dass aus dem öffentlichen Haushalt diese Mittel eingezahlt werden müssen.

Was heißt dies jetzt konkret? Hamburg erhält Gebühren (Zinsen) für die Garantien der HSH Nordbank. Dies ist kein gutes Geschäft, weil sich die Freie und Hansestadt selbst das Geld für die Kapitalerhöhungen leihen musste. Es bleibt von den Gebühren nur eine Zinsdifferenz von maximal 2 bis 3 Prozent.

Was waren die Ursachen?

Die Landesbanken waren schon vor der Fusion in den neunziger Jahren umstritten wegen ihres wenig überzeugenden Geschäftsmodells. Zu einer weitreichenden Reform dieser eigentümlichen Institute zwischen dem Bereich der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken und dem Sektor der privatkapitalistischen Geschäfts- und Kapitalmarktbanken fehlten die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen und die notwendigen politischen Kräfteverhältnisse.

„Die Furcht, nicht mehr genug verdienen zu können, machte die Landesbanken unvorsichtig: Halb-private und öffentlich-rechtliche Banken in Deutschland, von der IKB über die Sachsen- und die Bayern LB bis zur HSH Nordbank, gehörten zu den begeisterten Käufern der Finanzprodukte, die sich später als Schrott herausstellen sollten.“¹ Man wollte zu den „Global Playern“ dazugehören, Gier und Größenwahnsinn machten sich breit. Zudem hatte die Vorgehensweise für die HSH-Banker einen höchst angenehmen Nebeneffekt, die persönlichen Bonifikationen sprudelten üppig – nicht nur für den Vorstand, sondern auch für das wenig arbeitsintensive „Arbeiten“ im Aufsichtsrat. Es entstand eine Kultur der Unkritik und Abhängigkeit.

¹ Storbeck, O. 2009 Die Jahrhundertkrise, Stuttgart 24

Die Quittung kam mit dem Platzen der Subprime-, Immobilien- und Hypothekenblase in den USA, die sich auf andere Länder und auf andere Verbriefungsmärkte ausweitete. Nach dem Konkurs der Lehman-Bank im September 2009 stand das internationale Banken- und Finanzsystem kurz vor einem vollständigen Kollaps. Durch massive öffentliche Kredite und eine expansive Geldpolitik der Notenbanken konnte die Situation zunächst vorläufig stabilisiert werden.

Man darf sich nicht Sand in die Augen streuen lassen: Die Nordbank wie die anderen Landesbanken und der Großteil der privatkapitalistischen Bankinstitute haben in den spekulativen Operationen auf den Kreditmärkten erhebliche Summen verzockt.

In der Bewegung des ‚irrationellen Überschwanges auf den Finanzmärkten‘ nach 2004 musste sich das Rad immer schneller drehen, Papiere wurden im „Schnellankaufverfahren“ erworben, bei dem genauere Prüfungen der Risiken mehr

und mehr unterblieben. Es gilt also zu prüfen, ob die HSH-Führungsebene maßgebliche Regularien des Kreditwesens (Gesetze) und der Bankenaufsicht nicht beachtet hat. Fachliches Know-How und Erfahrungen, die die Bank in der Phase dringend benötigt hätte, waren nur eingeschränkt vorhanden!

Es geht nicht nur um die Rolle der Manager in diesem Desaster, sondern geprüft werden muss vor allem auch die Rolle des Aufsichtsrates bei der Fehlentwicklung und dem anschließenden Krisenbewältigungsprozess. Namentlich sollte das Verhalten des HSH-Chefaufsehers und früheren Finanzsenators Peiner (CDU) sowie des ehemaligen Finanzsenators Freytag unter die Lupe genommen werden. Peiner hatte eingeräumt, dass er aufgrund seiner Erfahrung hätte erkennen können, dass das Kreditersatzgeschäft für die Landesbank zu groß gewesen ist. Der Aufsichtsrat der HSH Nordbank hat die Arbeit amtierender und früherer Vorstände überprüfen lassen. Die Anwalts-

sozietät Freshfields-Bruckhaus-Deringer sollte feststellen, ob die Bankvorstände ihren unternehmerischen Pflichten nachgekommen sind. Mit Ausnahme des Vorstandsvorsitzenden Nonnenmacher sind gegen vier ehemalige Vorstandsmitglieder Verfahren zum Schadensersatz eingeleitet. Ob die zweistelligen Millionen-Rückforderungen erfolgreich sein werden, möchten wir eher bezweifeln. Gleichermaßen zieht der Mitverantwortliche Nonnenmacher mit einer Millionenabfindung zur nächsten Bank.

Ende des Vorurteils – DIE LINKE kann mit Geld umgehen

Die öffentlichen Finanzen Hamburgs sind in einem desaströsen Zustand. Die Stadt ächzt unter einem Schuldenberg, der durch die Wirtschaftskrise und die skrupellosen Steuerenkungen der Regierungskoalitionen in Berlin beschleunigt angestiegen ist. Die aktuelle wirtschaftliche Erholung mit Steuermehreinnahmen bringt in dieser Hinsicht kaum Entlastung. Die verloren gegangenen wirtschaftspolitischen Spielräume haben dem Projekt des „Wachsens mit Weitsicht“ die Grundlage entzogen. Dies war der wesentliche Faktor, der führende Politiker der CDU veranlasst hat, das politische Geschäft hinzuwerfen, und der die GAL zum Ausstieg aus Schwarz-Grün bewegt hat.

Die Stadt hat einschließlich ihrer Sondervermögen und Unternehmen in den letzten beiden Jahren einen Verlust von 3,4 Mrd. Euro „erwirtschaftet“. Dafür waren maßgeblich

- die Folgen der Wirtschaftskrise mit drastisch sinkenden Steuereinnahmen und sinkenden Erlösen der städtischen Unternehmen;
- die Verluste der HSH Nordbank infolge ihres Engagements im internationalen Finanzcasino;
- die verantwortungslose Ausgabenpolitik des schwarz-grünen Senats, der insbesondere bei Leuchtturmprojekten ganz ungeniert in die Steuerschatulle gegriffen hat.

Was tun?

Ohne Sanierung der öffentlichen Finanzen lässt sich auf mittlere Sicht kein grundlegender Politikwechsel im Bundesland Hamburg umsetzen.

Die LINKE ist strikt gegen Lohnkürzungen, umfangreiche Gebührenerhöhungen (Kita und andere öffentliche Dienstleistungen wie ÖPNV) und will gleichwohl eine zukunftsorientierte Strukturpolitik durchsetzen, mit der in den Bereichen Bildung, Gesundheit, aber auch Wohnungen die Lebensqualität für den Großteil der Bevölkerung verbessert werden kann. Auch unter dem Aspekt der teils dramatischen Unterfinanzierung vieler städtischer Bereiche (Wohnen, Bildung, ÖPNV, Infrastruktur) macht ein Sparkurs keinen Sinn. Also Fortführung der Verschuldung ?

Zur Finanzierung der Beseitigung der größten Defizite in diesen Bereichen müssen die Einnahmen deutlich verbessert werden. Sicherlich können durch Umschichtungen im Haushalt auch 250 – 300 Millionen Euro mobilisiert werden. Wenn der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs schlagartig gestoppt werden kann, müssten auch der beschlossene Bau einer Hafencity-Universität, der Neubau der BSU-Zentrale in Wilhelmsburg oder noch nicht beschlossene IBA-Projekte blockiert werden können. Die Stadt kann durch konsequente Nutzung von öffentlichen Büroflächen und Überprüfung von Marketing-Projekten ihre Betriebskosten spürbar absenken. Außerdem wollen wir eine Einstellung von zusätzlich 150 SteuerprüferInnen, was zu Steuermehreinnahmen von mindestens 150 Mio. Euro führen würde. Dann geht es um Initiativen Hamburgs auf Bundesebene zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer (1-1,5 Mrd. Euro jährlich), zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer (die auch von Selbständigen zu zahlen wäre) sowie zur Umstellung der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer auf aktuelle Verkehrswerte.



Bewegt für den Breitensport!



War das linke „Wahlprogramm Bürgerschaftswahl 2008“ noch ohne Sportteil, gab es seitdem Anstrengungen, dieses Manko abzustellen. Durch Kontakte in die Sportverbände und -vereine, Kleine Anfragen an den Senat, vereinzelte Anträge in der Bürgerschaft sowie die Mitarbeit im Sportausschuss unterstrich DIE LINKE ihre sportpolitische Kompetenz. Mit der im Oktober 2009 vorgelegten Broschüre „Sportpolitik in Hamburg“ zeigte die Linksfraktion erstmals Flagge und orientierte auf die Unterstützung aller Initiativen, die auf einen kostenfreien bzw. kostengünstigen Breitensport abzielen. In

dieser Hinsicht haben wir uns z.B. für die Sicherung der Eisbahn in den Wallanlagen engagiert, unterstützten die Initiative für die Sanierung des Freibades Ohlsdorf und plädierten für den Ausbau der Horner Rennbahn, aber nicht zu einer Upperclass-Doppelrennbahn, sondern zu einem Freizeitpark mit Pferdeanschluss. Die von uns im Mai 2010 herausgegebene Broschüre „Begrabt die Doppelrennbahn an der Kehre des Geläufs!“ legt davon Zeugnis ab.

In der Bürgerschaft haben wir Widerspruch gegen teuer kommende Event- und Spitzensportveranstaltungen angemeldet. Wir waren von Anfang an gegen die Universiade und erst recht gegen Hamburg als Austragungsort für die Schwimmweltmeisterschaft, für die eigens aufblasbare Bassins millienschwer angeschafft worden wären. Für ein Großereignis hat sich DIE LINKE – interfraktionell – allerdings schon ausgesprochen: für das breitensportlich orientierte Internationale Deutsche Turnfest 2017. Wir folgten damit dem Grundsatz, all das zu unterstützen, was der Masse der Aktiven in den Vereinen dient, ohne dabei den Sport als kulturelles Erlebnis völlig zu negieren.

Besonderes Augenmerk richtete die LINKE auf den Erhalt, die Pflege und den Ausbau der Sportstätten. Zusammen mit dem Hamburger Sportbund bemängelten wir z.B. den enormen Sanierungsstau bei den (Schul-)Turnhallen, forderten – erfolgreich – den Erhalt der Lehrschwimmbecken ein, kritisierten den Abbau der Platzwartstellen und unterstützten die WilhelmsburgerInnen dabei, einen vom Bezirk aufgekündigten Sportplatz an der Fährstraße zu erhalten.

Tatsächlich wäre in der Sportpolitik ein erheblich stärkeres Engagement wünschenswert, handelt es sich doch um einen gesellschaftlichen Bereich, der für Hunderttausende von Belang ist und wichtige gesundheitliche und integrative Momente vereinigt. Doch dafür bedürfte es besserer Strukturen in der LINKEN und einer entwickelteren Initiativenlandschaft, die für sportpolitische Ziele einzutreten bereit ist. Daran arbeiten wir.

Einzelfallgerechtigkeit im Eingabenausschuss erstreiten

Alle Menschen, die sich von staatlichen Stellen der Freien und Hansestadt Hamburg ungerecht behandelt fühlen, haben das Recht, sich mit einer Eingabe an den Eingabenausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zu wenden. Der Eingabenausschuss besteht aus 22 Abgeordneten. Die Fraktion DIE LINKE ist mit zwei Abgeordneten vertreten. Der Eingabenausschuss prüft die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und gibt eine Empfehlung ab. Er kann den Anliegen jedoch nicht selbständig abhelfen. Die Hauptaufgabe der Abgeordneten besteht daher darin, kritisch nachzufragen und eine Selbstkontrolle der Verwaltung zu initiieren, indem die Verwaltung ihr Handeln gegenüber dem Ausschuss begründen und rechtfertigen muss.

Die Fraktion DIE LINKE nahm sich insbesondere der Eingaben von besonders entrechteten Menschen (den Bezieherinnen

und Bezieherinnen von Sozialleistungen, Strafgefangenen oder Flüchtlingen und MigrantInnen) an. Im Bereich der Eingaben von SozialleistungsempfängerInnen zielten die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE unter anderem darauf ab, Leistungskürzungen zu verhindern, die Bearbeitungsdauer von Leistungsanträgen zu verkürzen oder schikanöses Verhalten der Sachbearbeiter der Arge aufzudecken. Einen Schwerpunkt bildeten Eingaben von Flüchtlingen und MigrantInnen. Die Fraktion DIE LINKE setzte sich hier nach Kräften dafür ein, traumatisierte Flüchtlinge, häufig auch Familien mit Kindern, vor einer drohenden Abschiebung zu bewahren und den Menschen eine sichere Perspektive in Hamburg zu eröffnen. Der direkte menschliche Kontakt, die Unterstützung und Beratung von Petenten spielte dabei eine wichtige Rolle.





Von links nach rechts: Joachim Bischoff, Kersten Artus, Wolfgang Joithe, Christiane Schneider, Mehmet Yildiz, Dora Heyenn, Elisabeth Baum und Norbert Hackbusch

Abgeordnete

Dora Heyenn
 (Lehrerin), Fraktionsvorsitzende
 Mitglied: Schulausschuss, Wissenschaftsausschuss,
 Umweltausschuss
 Fachsprecherin für: Bildung / Schule, Wissenschaft, Umwelt

Christiane Schneider
 (Schriftsetzerin), stellvertretende Fraktionsvorsitzende,
 Parlamentarische Geschäftsführerin
 Mitglied: Innenausschuss, Rechts- und Gleichstellungs-
 ausschuss, Unterausschuss Datenschutz, Verfassungs- und
 Bezirksausschuss, Stadtentwicklungsausschuss
 Stellv. Mitglied: Eingabenausschuss, Härtefallkommission,
 Europaausschuss
 Fachsprecherin für: Innen, Recht, Verfassung

Norbert Hackbusch
 (Verlagsangestellter), stellvertretender Fraktionsvorsitzender
 Mitglied: Kultur-, Kreativwirtschafts- und Medienausschuss,
 Europaausschuss, PUA Elbphilharmonie, Haushalts-
 ausschuss, Unterausschüsse IuK-Technik und Verwaltungs-
 modernisierung, Personalwirtschaft und Öffentlicher Dienst,
 Sportausschuss
 Fachsprecher für: Kultur, Europa / Städtepartnerschaften,
 Hafen

Kersten Artus
 (Redakteurin)
 Mitglied: Gesundheitsausschuss,
 Stellv. Mitglied: Familien-, Kinder- und Jugendausschuss,
 Sozialausschuss, Rechts- und Gleichstellungsausschuss,
 Kultur-, Kreativwirtschafts- und Medienausschuss, Schul-
 ausschuss
 Fachsprecherin für: Frauen-, Gewerkschafts-, Medien- und
 Gesundheitspolitik

Elisabeth Baum
 (Verwaltungsangestellte)
 Mitglied: Wirtschaftsausschuss
 Stellv. Mitglied: Gesundheitsausschuss, Stadtentwicklungs-
 ausschuss, Umweltausschuss
 Fachsprecherin für: Wirtschaft, Gewerkschaften

Joachim Bischoff
 (Verlagslektor)
 Mitglied: Haushaltsausschuss, Unterausschüsse Haushalts-
 modernisierung, Prüfung der Haushaltsrechnung, Vermögen
 und Öffentliche Unternehmen, PUA HSH Nordbank, Stadt-
 entwicklungsausschuss, Sportausschuss,
 Stellv. Mitglied: Wissenschaftsausschuss
 Fachsprecher für Haushalt und Finanzen, Verkehr, Wohnen
 und Stadtentwicklung, Sport

Wolfgang Joithe
 (IT-Systembetreuer)
 Vizepräsident der Hamburgischen Bürgerschaft;
 Mitglied: Sozialausschuss, Eingabenausschuss, Härtefall-
 kommission
 Stellv. Mitglied: Haushaltsausschuss, Wirtschaftsausschuss
 Fachsprecher für: Soziales

Mehmet Yildiz
 (Elektriker)
 Mitglied: Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, Eingaben-
 ausschuss
 Stellv. Mitglied: Härtefallkommission, Innenausschuss,
 Verfassungs- und Bezirksausschuss
 Fachsprecher für: Migration und Flucht, Jugend, Kinder,
 Familie

Ein starkes Team

An dieser Stelle bedanken sich die Abgeordneten der LINKEN bei allen persönlichen und Fraktions-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit. Auch für sie war der Aufbau der Fraktion DIE LINKE eine große Herausforderung, die sie mit viel Einsatz gemeistert haben.

Viele Sachgebiete waren Neuland für uns, das wir uns nur mit Hilfe der Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben erschließen können. Viel Aufbauarbeit war zu leisten und wurde geleistet, um Kontakte und Verbindungen zu außerparlamentarischen Bewegungen, zu Verbänden und Fachleuten und zu Arbeitsgemeinschaften der Partei herzustellen bzw. auszubauen. Bürgerinnen und Bürger, die sich an die Fraktion wandten, fanden immer freundliche und aufgeschlossene AnsprechpartnerInnen. Eine gute, professionelle Fraktionsgeschäftsführung sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit haben entscheidend dazu beigetragen, dass wir als zwar kleine, aber schlagkräftige, als kritische und oppositionelle Fraktion in der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Die PraktikantInnen und die RechtsreferendarInnen, die im Laufe der Legislaturperiode in der Fraktion gearbeitet haben, haben uns viele Impulse gegeben. Auch ihnen allen vielen Dank.

Gemeinsamer Betriebsrat von MitarbeiterInnen der Fraktion und persönlichen MitarbeiterInnen der Abgeordneten

Ein großer Erfolg für uns Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war die Wahl eines gemeinsamen Betriebsrats der Fraktion DIE LINKE im Juni 2010. Die Gründung einer gemeinsamen Interessenvertretung von MitarbeiterInnen der Fraktion und persönlichen MitarbeiterInnen war nicht ohne weiteres möglich, weil FraktionsmitarbeiterInnen und persönliche MitarbeiterInnen nicht demselben Betrieb angehören. Deshalb bedurfte es des Abschlusses eines Tarifvertrages zwischen

der Gewerkschaft ver.di, dem Fraktionsvorstand und den Abgeordneten, damit sich die persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Betriebsratswahl beteiligen konnten. Der Tarifvertrag basiert auf § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Betriebsverfassungsgesetzes und soll eine „wirksame und zweckmäßige Interessenvertretung“ der ArbeitnehmerInnen ermöglichen. Neben dem Fraktionsvorstand haben sechs von acht Abgeordneten den Tarifvertrag bis heute unterzeichnet. Der Betriebsrat hat seine Arbeit aufgenommen und konnte schon erste konkrete Erfolge für die Beschäftigten erzielen. DIE LINKE steht bundesweit für einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen in den Betrieben. Wir freuen uns deshalb sehr, dass wir bundesweit zu den Vorreitern in den Linksfraktionen gehören und eine gemeinsame Interessenvertretung sowohl für die MitarbeiterInnen der Fraktion als auch für die MitarbeiterInnen der Abgeordneten gegründet haben. Betriebsrat der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

Stand: 30.11.2010

Gesetzentwürfe

- 19/39 Studiengebühren
- 19/489 Gesetz zur Änderung des Bauleitplanfeststellungsgesetzes und Antrag auf Nachwahl eines Mitglieds und dessen Vertreterin oder Vertreters für die Kommission für Stadtentwicklung
- 19/1118 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Kommission für Bodenordnung und Antrag auf Nachwahl eines Mitglieds und dessen Vertreterin oder Vertreters für die Kommission für Bodenordnung
- 19/1225 „Ausweispflicht und individuelle Kennzeichnung von Polizeibediensteten“, Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG)
- 19/1278 Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG)
- 19/2086 Novellierung des Hamburgischen Privatschulrechts
- 19/3346 Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes
- 19/3991 Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine
- 19/4846 Verbesserung des Ladenöffnungsgesetzes vom 22.12.2006
- 19/6244 Für mehr Gebührengerechtigkeit und ein gemeinsames längeres Lernen in der Kita

Anträge

- 19/89 Studiengebühren, Moratorium für Exmatrikulationen wegen Nichtzahlung der Studiengebühren
- 19/90 Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft
- 19/91 Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – Initiative für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren!
- 19/115 Wiedereinführung eines Sozialtickets
- 19/178 Armuts- und Reichtumsbericht
- 19/271 Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen – mehr Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer und Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder in Hamburg
- 19/630 Erhöhung des Sozialhilferegelsatzes gemäß § 28 Absatz 2 SGB XII nach Gutachten rückwirkend zum 1.7.2008
- 19/932 Freibad Ohlsdorf muss erhalten bleiben!
- 19/948 S-Bahn Linie 1
- 19/949 Kontrolle der öffentlichen Unternehmen Hamburgs
- 19/1019 Entkoppelung von Rückmeldung und Studiengebühren
- 19/1020 Uneingeschränkte Befreiung von den Gebühren für Eltern, chronisch kranke und behinderte Studierende
- 19/1021 Uneingeschränkte Befreiung von den Gebühren für Studierende, die in den Gremien der Hochschule mitwirken
- 19/1022 Koalitionsvertrag nachgelagert einhalten
- 19/1105 Schwimm-Offensive für Hamburger Schulen
- 19/1199 Deutschkurse für geduldete Flüchtlinge

19/1466	Zwischenbericht Arbeitsgruppe Universitätsneubau	19/2283	Landesprogramm zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
19/1640	Kommunales Wahlrecht für Alle	19/2284	Wohnprojekt für obdachlose Frauen
19/1641	Wohnungsmarkt in Hamburg	19/2285	Selbsthilfegruppen besser fördern
19/1739	Ökologischen Kriterien im Hamburger Vergabegesetz	19/2286	Personalnotstand bei der Feuerwehr beenden
19/1740	Vergabebericht im Hamburger Vergabegesetz	19/2287	Vollwertige Ernährung von Gefangenen sicherstellen
19/1748	Evaluation des Hamburgischen Hundegesetzes	19/2288	Bestand unerledigter Hartz IV-Verfahren beim Landessozialgericht zügig abbauen
19/1749	Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe an Maßnahmen der Frauenförderung	19/2289	Datenschutzbeauftragten massiv aufwerten
19/1895	Hamburger Bundesratsinitiativen für einen Mindestlohn und rechtliche Erleichterung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen	19/2290	Verbesserungen der Leistungsangebote im ÖPNV, Einführung eines Sozialtickets mit dem Leistungsumfang einer Allgemeinen Zeitkarte für den Großbereich Hamburg oder vier Tarifzonen
19/1896	Kultur für alle; Kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen	19/2291	Verbesserungen der Leistungsangebote im ÖPNV – Wiedereinführung von Schülerkarten
19/1897	Konjunkturprogramm	19/2292	Verbesserungen der Leistungsangebote im ÖPNV – Verkehrsanbindung
19/1898	Der internationale Frauentag am 8. März wird in Hamburg ein gesetzlicher Feiertag	19/2293	Gezielte Wohnungsbauförderung
19/2022	Studie zum Preisvergleich der angebotenen Waren in den Hamburger Haftanstalten	19/2294	Ausbau der Fahrradwege statt eines teuren Fußweges zur Elbphilharmonie
19/2095	Bundesratsinitiative für die Konsolidierung des Haushaltes der Freien und Hansestadt Hamburg durch nachhaltig höhere Steuereinnahmen mittels Wiedererhebung einer reformierten Vermögenssteuer	19/2295	Kein Etikettenschwindel und keine Kundenpflege für Abzocker und Klimakiller – Hamburg braucht keine Partnerschaften mit E.on und Vattenfall, sondern mehr Geld für echten Klimaschutz!
19/2213	Wirksame Stärkung der Gesundheitswirtschaft	19/2296	Soziale und ökologische Energieversorgung für Hamburg – Stadtwerke aus einem Guss und Netze in öffentliche Hand!
19/2264	Gender Budgeting	19/2446	Entwicklungszusammenarbeit
19/2265	Lehrstellen an allgemeinbildenden Schulen	19/2759	Zwischenbericht Modell Hamburg Süd
19/2266	Einstieg in die Kindergrundsicherung, kostenloses Mittagessen an Hamburger Schulen	19/2867	Hamburg gentechnikfrei
19/2267	Wiederherstellung der Lehr- und Lernmittelfreiheit, kein Büchergeld für Hamburgs Schüler und Schülerinnen	19/2930	Geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen und Mädchen verbindlich gestalten
19/2268	Aussetzung der Studiengebühren, Schirme für alle – vor allem die sozial Schwachen	19/3180	Schuldenbremse ablehnen
19/2269	Bachelor- und Masterstudiengänge: Ein Masterstudium muss für alle Bachelor-Absolventen und -Absolventinnen offenstehen.	19/3181	Bundesratsinitiative für die Konsolidierung des Haushaltes der Freien und Hansestadt Hamburg durch nachhaltig höhere Steuereinnahmen mittels Wiedererhebung einer reformierten Vermögenssteuer
19/2270	Therapie-Zentrum für Suizidgefährdete (TZS) am Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf (UKE)	19/3254	Berichterstattung bis Juni 2010 über die Flächenvergabe für Unternehmen der Kreativwirtschaft
19/2271	Grundsicherung der Hamburger Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive ermöglichen	19/3272	Impfempfehlungen gegen Masernerkrankungen bei Erwachsenen
19/2272	Hamburg braucht mehr Kultur	19/3305	Keine Grabsteine aus Kinderarbeit: Friedhofsatzungen überarbeiten
19/2273	Nachhaltige Sicherung der Stadtteilkulturzentren ermöglichen	19/3348	Schutz des geistigen Eigentums im Internet
19/2274	Schwindendes kulturpolitisches Interesse an der bildenden Kunst in Hamburg?	19/3349	„Sozialkarte Hamburg“ mit der Bewilligung von Sozialleistungen standardisiert aushändigen
19/2275	Verzicht auf den Bau der Kombibahn	19/3350	Ein Schutzschirm für alle Menschen
19/2276	Koordinierungsstelle Frauenstudien	19/3488	Bericht des Haushaltsausschusses Wohnungsbauentwicklungsplan
19/2277	Verteilungsschlüssel	19/3489	Anträge zur Änderung des Gesetzentwurfs Drs. 19/2533 zur Änderung des Strafvollzugsrechts und zum Erlass eines Jugendstrafvollzugsgesetzes, u. a. Vorrang der Resozialisierung und des offenen Vollzugs; Erhöhung des Arbeitsentgelts; Einschränkung der Erlaubnis zum Schusswaffeneinsatz durch Bedienstete
19/2278	Aufstockung des Etats für Kinderschutz und Kindertagesstätten	19/3884	Atomkraftwerk Krümmel endgültig stilllegen
19/2279	Notfonds	19/3885	Bundesratsinitiative für eine Aussetzung der Sanktionen gegen Hartz IV-Beziehende (§ 31 SGB II)
19/2280	Zuwendung an Intervention e.V.		
19/2281	Zuwendungen an Tampep		
19/2282	Zuwendung an FLAKS		



- 19/3999 Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes
- 19/4000 Doppelter Abiturjahrgang: halbierte Chancen
- 19/4001 Internationales Deutsches Turnfest in Hamburg
- 19/4018 Einkommens- und Mitbestimmungsrechte kirchlich Beschäftigter sichern
- 19/4019 Intersexualität – Bundesratsinitiative zur Änderung des Personenstandsgesetzes
- 19/4078 Unterstützung von Frauenrechtsprojekten im Rahmen der Städtepartnerschaft mit León/Nicaragua
- 19/4009 Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! DIE LINKE unterstützt die Initiative für ein neues NPD-Verbotsverfahren und fordert die sofortige Abschaltung der V-Leute des Landesamtes für Verfassungsschutz in der NPD!
- 19/4095 Intersexualität – Gesellschaftliches Bewusstsein schaffen sowie Betroffene und deren Familien stärken
- 19/4103 Aufstockung der Stellen in der Glücksspielsuchtberatung – direkte Hilfe für Betroffene

- 19/4163 Altersentlastung und Altersteilzeit auch für Hamburger Lehrerinnen und Lehrer – dafür junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen!
- 19/4164 Menschenwürdige Bedingungen im Alter sicherstellen – Personalschlüssel in der Pflege verbessern
- 19/4270 Rote Liste für schwarze Schafe/Entwurf eines Hamburgischen Korruptionsbekämpfungsgesetzes/Grundsatz der Unschuldsvermutung achten!
- 19/4381 Hamburg möge in die Gänge kommen
- 19/4382 Umbenennung der Justizbehörde in Behörde für Justiz und Gleichstellung
- 19/4389 Bücherhallen Iserbrook und Rissen geöffnet lassen
- 19/4399 Zusätzliche Belastungen der Kommunen verhindern – weitere Absenkung des Bundeszuschusses für Kosten der Unterkunft und Heizung stoppen
- 19/4490 Wanderausstellung „Tatmotiv Ehre“ erweitern – Gewalt gegen Frauen in Deutschland sichtbar machen
- 19/4515 Amnestie für Menschen ohne Papiere
- 19/4516 Evaluation zur Situation der „Ein-Euro-Jobber“ in Hamburg
- 19/4703 Zwischennutzung Frappant-Gebäude in der Großen Bergstraße
- 19/4704 Leiharbeit bei Asklepios
- 19/4705 Bagatellkündigungen
- 19/4792 Aufwertung und Verdrängung in den Quartieren stoppen!
- 19/4793 Überarbeitung des Hamburgischen Untersuchungshaftgesetzes
- 19/4989 Die SAGA GWG als öffentliches Unternehmen gezielt (wieder) am Mietwohnungsmarkt aktivieren
- 19/4990 Gleichstellung von Lehrkräften mit Lehramtsbefähigung eines Drittstaates
- 19/4991 Matthiae-Mahl 2010
- 19/5211 Hamburg ist nicht winterfest!
- 19/5212 Räumung des Tacheles e.V. in Berlin durch HSH Nordbank verhindern
- 19/5320 Refinanzierung des Tarifabschlusses zur Entgeltordnung und zum Gesundheitsschutz im Sozial- und Erziehungsdienst
- 19/5339 Die Handelskammer „freut sich doppelt“ – Die Hamburger Jugendlichen haben es doppelt so schwer
- 19/5340 Gleichstellung zwischen Männern und Frauen muss als unternehmerische Verpflichtung endlich konkret gesetzlich verankert werden
- 19/5341 Gleichstellung zwischen Männern und Frauen muss im öffentlichen Dienst konkretisiert werden!
- 19/5342 Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthalt ermöglichen
- 19/5705 Die Zukunft des Gängeviertels liegt in einer gemeinsamen Lösung
- 19/5706 Evaluation des bezirklichen Naturschutzes
- 19/5707 Evaluation der Hamburger Forstverwaltung
- 19/5709 Humanitäre Standards für die Aufnahme minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge sicherstellen
- 19/5709 Atomtransporte durch Hamburg verhindern!
- 19/5710 Kosten der Elbphilharmonie

19/5845 Nein zur Kopfpauschale – für eine solidarische und sozial gerechte Bürgerversicherung
19/5847 Für das Recht auf Generalstreik
19/5848 Finanzierung von Verhütungsmitteln aufgrund unzureichender Leistungen nach den SGB II (bzw. SGB V), SGB XII, dem BaföG und der Berufsausbildungsbeihilfe von über 20-Jährigen
19/5849 Aufklärung über Sonderbedarfsleistungen durch team.arbeit.hamburg nach Verfassungsgerichtsurteil
19/5850 Bundesratsinitiative für die Abschaffung des Sanktionsparagrafen 31 SGB II nach Verfassungsgerichtsurteil
19/5963 Hausbetreuerlogen – sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen
19/5979 Kettenreaktion am 24.4.: Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel sofort stilllegen! – Schwarz-grüne Versprechen
19/5980 Inhalte für Forum Stadtentwicklung
19/5981 Solare Energie für Hamburg! Soziale und ökologische Energiewende einleiten!
19/5982 Für ein größeres Engagement Deutschlands bei der Aufnahme von Flüchtlingen gemäß den UNHCR-Kriterien
19/6119 Hamburgisches Gesetz zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes
19/6245 Aufhebung der Dienstanweisung zum Umgang mit ärztlichen Attesten in der Ausländerbehörde
19/6246 Können wir die kulturellen Schätze in den Museen dieser Stadt nutzen?
19/6295 Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes
19/6355 Biologische Vielfalt erhalten: Den schwarz-grünen Reden müssen Taten folgen
19/6388 Krankenhausplanung als Sektor übergreifende ambulant/stationäre bürgernahe Bedarfsplanung für Hamburg
19/6599 Für mehr Gebührengerechtigkeit und ein gemeinsames längeres Lernen in der Kita
19/6969 Aussetzung der Studiengebühren als erster Schritt zu ihrer Abschaffung
19/6970 Atomkraft abschaffen: Laufzeitverlängerung verhindern
19/6971 Auf Ankündigungen müssen Taten folgen – Anhebung der Spitzensteuersätze und der Reichensteuer
19/7059 Bessere Ausstattung für die Sucht- und Drogenarbeit, Schwerpunkt Glücksspiel
19/7282 Verfassungsklage gegen Missachtung des Bundesrates bei der AKW-Laufzeitverlängerung
19/7283 Abzug Hamburger Polizeibeamter aus Afghanistan!
19/7284 Begrenzung des Zinssatzes bei Überziehungskrediten und Anspruch auf Girokonto für jedermann bei der Haspa
19/7354 Frauenhäuser müssen als Zufluchtsorte für Opfer häuslicher Gewalt in Hamburg und über die Landesgrenze hinweg erhalten bleiben
19/7408 Ausgrenzung beenden und Gebührenerhöhungen zurücknehmen (Kita)
19/7434 Kinder- und Jugendgesundheit in Hamburg und die Aufgaben des Schul(zahn)ärztlichen Dienstes
19/7507 Die Geschichte der Polizei im NS-Staat muss im Polizeimuseum Platz finden
19/7512 Dringend mehr Sozialwohnungen und Notunterkünfte mit höheren Standards schaffen
19/7513 Hamburgisches Pressegesetz modernisieren, innere Pressefreiheit stärken
19/7657 Aufenthaltsrechtliche Perspektiven für Kinder unabhängig von den Eltern
19/7658 Sofortige Einstellung der Unterbringung von Flüchtlingen in der ZEA Nostorf/Horst und Rückverlegung aller Flüchtlinge nach Hamburg

19/7511 Die Zukunft des Altonaer Museums und der Stiftung Historische Museen Hamburg
19/7672 Wo bleibt der Senatsbericht zu den Atomtransporten?
19/7808 Neue Mitte Altona – Mitbestimmung von Bezirk und Bürger/-innen verbindlich sichern und Wohnungsnot lindern
19/7822 Anschluss Hamburgs an die Bundesratsinitiative des Berliner Senats: Mietrecht transparent und sozial gestalten
19/7917 Areal Alter Rindermarkt St. Pauli – öffentlichen und ergebnisoffenen Planungsprozess fördern und unterstützen
19/7953 Keine Anhebung der Wasserpreise
19/7972 Studentisches Wohnen in Harburg – mehr Wohnraum vor Ort entwickeln
19/7973 Hamburger Wohnungsbauplan der Bezirke

Große Anfragen

19/249 Auswirkungen der Privatisierung der Deutsche Bahn AG auf Hamburg
19/769 PPP bei Schulgebäuden und Bewirtschaftung von Schulen
19/888 Genehmigungsvoraussetzungen und Förderung von Ersatzschulen
19/1025 Gender Budgetierung im Haushalt 2009/2010
19/1348 Zur gesetzlichen Bleiberechtsregelung in Hamburg
19/1357 Schutz von Opfern häuslicher Gewalt
19/1993 Zwischengeschlechtliche Menschen
19/2047 Sicherungsverwahrung
19/2066 Konzept für den Verkehr im Hafen und auf den Elbinseln Veddel/Wilhelmsburg
19/2073 Strafvollzug
19/2408 Hamburger Pressemarkt, publizistische Vielfalt
19/2714 Public Private Partnership
19/2936 Situation der „Ein-Euro-Jobs“ und der von ihnen Betroffenen in Hamburg
19/2937 Prekäre Beschäftigung an den Hamburger Hochschulen, an den Forschungseinrichtungen und an den sonstigen hochschulnahen Einrichtungen
19/3011 Atom-Transporte durch den Hamburger Hafen und das Hamburger Stadtgebiet
19/3198 Grundrechtswirklichkeit in Hamburg – Generalverdacht in Gefahrengebieten, verdachtsunabhängige Kontrollen im Hafen sowie Vertreibung von Jugendlichen und Obdachlosen in der Innenstadt
19/3358 Zukunft des Freihafens
19/3396 Zur Situation des Hamburger Einzelhandels
19/3785 Abschiebungshaft in Hamburg
19/3835 Atom-Transporte durch den Hamburger Hafen und das Hamburger Stadtgebiet (II)
19/4166 Partystadt Hamburg und die Nöte der Anwohnerschaft

- 19/4262 Aktionsplan Frauengesundheit
- 19/4468 Gentrifizierung oder: Aufwertung und Verdrängung in Hamburger Stadtteilen
- 19/4741 Zwangseinweisungen und freiheitsentziehende Maßnahmen nach Betreuungsrecht und HmbPsychKG
- 19/4998 Planung, Kosten und Durchführung der H1N1-Impfkampagne in der Freien und Hansestadt Hamburg
- 19/4999 Gravierende Defizite im Katastrophenschutz aufgearbeitet?
- 19/5337 Externe Mitarbeit an Privatisierungen, Gesetzentwürfen und Verordnungsentwürfen
- 19/5492 Rechtfertigt das Verhältnis von Bauplänen und Bürgerbegehren thematische Einschränkungen von direkter Demokratie?
- 19/5727 Dieses Land hat nicht das Recht, Menschen in den sicheren Tod abzuschieben
- 19/5767 Der „Sprung über die Elbe“ als Spielwiese für Senat und Designer/ -innen auf Kosten der Einwohner/-innen und Steuerzahler/-innen?
- 19/6165 IKEA – wie geht es weiter?
- 19/6339 Verkehrsentwicklung in Hamburg
- 19/6399 Verlängerung der Sicherungsverwahrung in Altfällen verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention
- 19/6606 Kirchen in Hamburg als Arbeitgeberinnen
- 19/6890 Gesundheitsfürsorge und -förderung im Justizvollzug
- 19/7139 Welche der frauenspezifischen Planungen des Koalitionsvertrages wurden bereits umgesetzt?
- 19/7567 Entgrenzung der Arbeit durch Leiharbeit, Befristungen, Überstunden, gesundheitliche Gefährdung durch psychische Belastungen
- 19/7663 Warum gibt es keine Verbesserungen für die Arbeit des ASD in den sieben Bezirksämtern?
- 19/7896 Rechtsschutz von Gefangenen gegen Maßnahmen des Strafvollzugs
- 19/7926 Rettungsdienst in Hamburg

Einschließlich der interfraktionellen Initiativen hat die Linksfraktion bis Mitte Dezember 2010 197 Anträge eingebracht und 23 Gesetzentwürfe. Neben 41 Großen Anfragen 798 Schriftliche Kleine Anfragen. Die Reden im Parlament wurden nicht gezählt.

Fotonachweis:

Karin Desmarowitz/agenda: Seiten 5, 7, 10, 13, 15, 19, 21, 22, 24, 25, 29, 32, 33, 36, 38, 39, 40
 Reinhard Schwandt: S. 8
 Michael Kottmeier/agenda: Titel unten Mitte, S. 9
 René Seneko: S. 16
 Christiane Schneider: S. 18, 20, 28
 Martin Bialluch: S. 26
 Bela Rogalla: S. 31
 Fraktion DIE LINKE: S. 45

www.linksfraktion-hamburg.de